

# 92. Sitzung

am Freitag, dem 28. Mai 1993, 9.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . .	6132, 6143	Heckel Dieter (CSU) . . . . .	6146
Unterzeichnung der Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern vor 175 Jahren . . . . .	6132	Kolo (SPD) . . . . .	6146
<b>Wahl und Vereidigung des Minister- präsidenten</b>		Frau Lödermann (DIE GRÜNEN) . . . . .	6146
Glück Alois (CSU) . . . . .	6132	Staatssekretär Dr. Beckstein . . . . .	6147
Geheime Wahl . . . . .	6133	Namentliche Abstimmung . . . . .	6149
Ministerpräsident Dr. Stoiber . . . . .	6133	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Dr. Schmid Al- bert, Kolo u. Frakt. SPD betr. <b>Beschleunigte Bearbeitung der Anträge zum Programm zur verstärkten Nutzung regenerativer Energien</b> (Drs. 12/11492)	
Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD) . . . . .	6134	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Paulig, Kellner u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. <b>Vorzeitiger Bau- beginn für Maßnahmen aus dem Solarförder- programm</b> (Drs. 12/11493)	
Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN) . . . . .	6135	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Prof. Dr. Doeb- lin, Bock, Freiherr von Gumpfenberg u. Frakt. FDP betr. <b>Förderprogramm alternative Ener- gien</b> (Drs. 12/11494)	
Prof. Dr. Doeblin (FDP) . . . . .	6135	Kolo (SPD) . . . . .	6149
Glück Alois (CSU) . . . . .	6136	Beschluß . . . . .	6150
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Paulig, Köhler, Schramm u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. <b>Abschie- bestopp für Roma und Sinti</b> (Drs. 12/11461)		<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Prof. Dr. Doeb- lin, Bock, Freiherr von Gumpfenberg u. Frakt. FDP betr. <b>Borkenkäferbekämpfung im Schutz- wald</b> (Drs. 12/11495)	
Frau Köhler (DIE GRÜNEN) . . . . .	6137	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Fleischer, Kamm, Daxenberger, Lödermann u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. <b>Sonderprogramm zum Schutz des Bergwaldes gegen die akute Borken- käferbedrohung</b> (Drs. 12/11496)	
Staatssekretär Dr. Beckstein . . . . .	6139	Kamm (DIE GRÜNEN) . . . . .	6150, 6152
Frau Haas (SPD) . . . . .	6140	Frau Bock (FDP) . . . . .	6151, 6155
Schramm (DIE GRÜNEN) . . . . .	6140	Sinner (CSU) . . . . .	6152, 6155
Frau Köhler (DIE GRÜNEN), z. GeschO . . . . .	6140	Schläger (SPD) . . . . .	6153
Namentliche Abstimmung . . . . .	6140	Dr. Bittl (CSU) . . . . .	6153
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück Alois, Traublinger, Regensburger u.a. Frakt. u. CSU betr. <b>Sperrzeitenregelung für Biergärten</b> (Drs. 12/11491)		Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN) . . . . .	6154
Traublinger (CSU) . . . . .	6141	Freiherr von Redwitz (CSU) . . . . .	6154
Müller Herbert (SPD) . . . . .	6142	Staatsminister Maurer . . . . .	6155
Frau Paulig (DIE GRÜNEN) . . . . .	6142	Beschluß . . . . .	6156
Großer (FDP) . . . . .	6143	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Prof. Dr. Doeb- lin, Großer, Bock u.a. u. Frakt. FDP betr. <b>Unter-</b>	
Beschluß . . . . .	6143		
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Dr. Fleischer, Lödermann u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. <b>Verbot des Imports von Tieren zu Versuchszwecken</b> (Drs. 12/11459)			
Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN) . . . . .	6143, 6147, 6148		
Frau Haas (SPD) . . . . .	6144		
Freiherr von Gumpfenberg (FDP) . . . . .	6145		

**bringung des Fachbereichs Forstwirtschaft der FH Weihenstephan nach Untersagung der Nutzung des Forstpavillons durch das Gewerbeaufsichtsamt München-Land am 30. April 1993 (Drs. 12/11497)**

Großer (FDP) . . . . .	6156
Dr. Haushofer (CSU) . . . . .	6157
Beschluß . . . . .	6157

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Dr. Schmid Albert, Dr. Kaiser Heinz, Hollwich u. a. u. Frakt. SPD betr. **Sonderprogramm Schweinfurt/Main-Rhön** (Drs. 12/10010)

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Dr. Fleischer, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. **Sonderprogramm für Schweinfurt und seine Region zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur** (Drs. 12/10032)

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Glück Alois, Prof. Dr. Stockinger, Nätscher u. a. u. Frakt. CSU betr. **Hilfen für die Region Schweinfurt** (Drs. 12/10034)

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Dr. Schmid Albert, Dr. Kaiser Heinz, Hollwich u. a. u. Frakt. SPD betr. **EG-Regionalförderung für den Verdichtungsraum Schweinfurt** (Drs. 12/10205)

Beschlußempfehlungen des Wirtschafts-, des Sozialpolitischen, des Grenzland-, des Landesentwicklungs-, des Haushalts- und des Bundesangelegenheiten Ausschusses (Drs. 12/10263, 12/10266, 12/10264, 12/10265; 12/10444, 12/10445, 12/10446, 12/10447; 12/10466, 12/10468, 12/10470, 12/10476; 12/10784, 12/10785, 12/10786, 12/10787; 12/10887, 12/10888, 12/10889, 12/10892; 12/11279, 12/11280, 12/11281, 12/11282)

– Fortsetzung der Aussprache –

Dr. Kaiser Heinz (SPD) . . . . .	6157
Prof. Dr. Stockinger (CSU) . . . . .	6159
Staatsminister Dr. Glück . . . . .	6160
Staatssekretär Zeller . . . . .	6161
Beschluß . . . . .	6163
Schluß der Sitzung . . . . .	6163

(Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr)

**Präsident Dr. Vorndran:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 92. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, das ZDF, Bayern Aktuell für RTL und SAT 1, bayerische Lokalradios sowie Presse-

photografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Wahl und Vereidigung des Herrn Ministerpräsidenten live.

Meine Damen und Herren! In diesen Tagen vor 175 Jahren, genau am 26. Mai 1818, hat König Max I. Joseph die Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern unterzeichnet. Damit wurde Bayern ein moderner Verfassungsstaat, der – ich zitiere den bayerischen Historiker Michael Doeberl – „eine geordnete staatsrechtliche Entwicklung und ein maßvolles Verfassungsleben“ besaß.

Ein Jahrhundert lang haben Geist und Gehalt dieser Verfassung das kulturelle, politische und gesellschaftliche Leben in Bayern geprägt und mit die Grundlagen geschaffen für die Demokratie von heute. In der Präambel sind bereits wesentliche Grundrechte verankert wie die Freiheit des Gewissens und der Meinung, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Unparteilichkeit und Unaufhaltbarkeit der Rechtspflege. Diese vom Geist der Aufklärung geprägten Errungenschaften machten die Verfassung zu einer der fortschrittlichsten ihrer Zeit. Anselm von Feuerbach, der Schöpfer des Bayerischen Strafgesetzbuches von 1813, äußerte damals voller Begeisterung das bekannte Urteil: „Kein Land ist wohl jetzt in Europa, wo freier gesprochen, freier geschrieben, offener gehandelt wird als hier in Bayern.“

Aus heutiger Sicht erfüllt die Bayerische Verfassung von 1818 zwar noch nicht die Anforderungen eines Parlamentarismus moderner Prägung. Aber mit der Einrichtung der „Zweiten Kammer“ wurde eine erste „Vorschule des Parlamentarismus“ geschaffen. Sie markierte den Abschluß einer bis in das 14. Jahrhundert zurückreichenden ständischen Tradition und gleichzeitig den Beginn der parlamentarischen Repräsentation, die bis in die Gegenwart vorausweist.

Wir erinnern uns mit Dankbarkeit daran, daß vor 175 Jahren haltbare und tragende Fundamente unserer freiheitlichen Ordnung geschaffen wurden. Sie der modernen Entwicklung angepaßt an die künftigen Generationen weiterzugeben, bedeutet für uns Auftrag und Verpflichtung.

Meine Damen und Herren! Gemäß Artikel 44 Absatz 4 der Bayerischen Verfassung wird beim Rücktritt des Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung des Landtags ein neuer Ministerpräsident für den Rest der laufenden Amtsdauer gewählt. Ich darf um den **Vorschlag** für das Amt des **Ministerpräsidenten** bitten. Das Wort hat Herr Kollege Alois Glück.

**Glück Alois (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen der CSU-Fraktion schlage ich für die Wahl zum Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten den bisherigen Staatsminister des Innern, den Abgeordneten Dr. Edmund Stoiber, vor.

(Glück Alois [CSU])

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Vorndran:** Wir kommen dann zur Abstimmung. Ich darf Sie bitten, bei der Stimmabgabe die amtlichen Stimmzettel, die vor Ihnen auf der Bank liegen, zu benutzen, und ich darf die Schriftführer bitten, ihres Amtes zu walten.

Meine Damen und Herren! Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Kuverts nicht zukleben würden, um das Auszählen zu erleichtern.

(Heiterkeit)

Dann darf ich bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen. –

Meine Damen und Herren! Die Sitzung wird bis zur Feststellung des Wahlergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von  
9.17 bis 9.27 Uhr)

**Präsident Dr. Vorndran:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich darf Ihnen das Wahlergebnis bekanntgeben. An der Wahl haben sich 184 Abgeordnete beteiligt. Unverändert abgegebene Stimmzettel gelten nach § 47 unserer Geschäftsordnung als nicht abgegeben. Das waren 3 Stimmzettel. Ungültig waren 58, so daß 126 Stimmen gültig waren. Es entfielen auf Herrn Dr. Edmund Stoiber 120 Stimmen, auf Herrn Abgeordneten Niedermayer 1 Stimme.

(Heiterkeit)

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß damit Herr Dr. Stoiber zum Ministerpräsidenten gewählt ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Stoiber, Herr Staatsminister, ich darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

**Staatsminister Dr. Stoiber:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident Dr. Vorndran:** Herr Ministerpräsident, nach Artikel 56 der Bayerischen Verfassung hat der Ministerpräsident vor seinem Amtsantritt den Amtseid zu leisten. Darf ich Sie bitten, hierher zu kommen. Ich werde Ihnen die Eidesformel vorsprechen und bitte Sie dann, sie mir nachzusprechen.

Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern,

**Ministerpräsident Dr. Stoiber:** Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern,

**Präsident Dr. Vorndran:** Gehorsam den Gesetzen

**Ministerpräsident Dr. Stoiber:** Gehorsam den Gesetzen

**Präsident Dr. Vorndran:** und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten,

**Ministerpräsident Dr. Stoiber:** und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten,

**Präsident Dr. Vorndran:** so wahr mir Gott helfe.

**Ministerpräsident Dr. Stoiber:** so wahr mir Gott helfe.

**Präsident Dr. Vorndran:** Herr Ministerpräsident, ich gratuliere Ihnen im Namen des Hohen Hauses und auch persönlich. Ich wünsche Ihnen Glück, Erfolg und Gottes Segen für Ihr hohes Amt.

**Ministerpräsident Dr. Stoiber:** Herr Präsident, ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU, der FDP und  
Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Vorndran:** Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Ministerpräsident Dr. Stoiber:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke dem Bayerischen Landtag, der mich soeben zum Ministerpräsidenten gewählt hat. Ich empfinde dankbar die Zustimmung meiner Fraktion und den damit verbundenen Vertrauensbeweis. Ich sehe darin Auftrag und Verpflichtung. Ich werde die Politik der Staatsregierung in enger Beratung und Abstimmung mit der sie tragenden Mehrheitsfraktion führen.

Die bisherigen Mitglieder der Staatsregierung habe ich gebeten, ihre Amtsgeschäfte bis zur Vereidigung einer neu berufenen Staatsregierung weiterzuführen.

Der Funktion und dem Selbstverständnis der parlamentarischen Opposition entspricht es, daß Sie, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen der Opposition, mich nicht gewählt haben. Ich versichere Ihnen meine Bereitschaft zu fairer sachlicher Auseinandersetzung und, wo dies im Interesse unseres Landes und unserer gemeinsamen Verantwortung für das Gemeinwohl geboten ist, zur Zusammenarbeit.

Ich hoffe, daß manch schrille Töne, die den Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten begleitet haben, nicht Leitmotiv für den künftigen Umgang zwischen Regierung und Opposition werden.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie uns wieder zu einem den politischen Konkurrenten respektierenden Umgang miteinander zurückfinden! Stellen wir gemeinsam die Sache Bayerns über Personen und den Streit über Inhalte an die Stelle persönlicher Polemik! Sonst werden wir das schwindende Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die parlamentarische Demokratie und in die Handlungsfähigkeit der Politik in unserem Lande nicht zurückgewinnen. Der Bürger erwartet von uns ein Ringen um die bessere Lösung – hart, leidenschaftlich und entschieden. Er erwartet von uns Kompetenz, Fähigkeit und Mut zur Entscheidung. Wir müssen eine Sprache sprechen, die der Bürger versteht, und zeigen, daß wir ihn ver-

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

standen haben. Sonst arbeiten wir ungewollt Radikalen und Extremisten in die Hände!

(Beifall bei der CSU)

Wir tragen alle miteinander die Verantwortung für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie in unserem Lande. Getreu dem von mir geleisteten Eid will ich alles tun, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Dabei stehe ich in der verpflichtenden Tradition der bayerischen Ministerpräsidenten nach dem Kriege. Es ist mir ein besonderes Anliegen, meinem Vorgänger Max Streibl zu danken, der schon am Beginn meiner politischen Laufbahn stand. Er hat sein ganzes Leben lang – und das betone ich gerade heute – erfolgreich für Bayern gearbeitet. Er hat in den zurückliegenden schwierigen Wochen gezeigt, daß er die Verantwortung für Bayern über seine Person stellt.

In meiner politischen Arbeit fühle ich mich besonders dem Erbe von Franz Josef Strauß verpflichtet: Wir müssen nicht sagen, was ankommt, sondern worauf es ankommt.

Franz Josef Strauß hat mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel zusammen auch in besonderer Weise dazu beigetragen, daß die deutsche und die bayerische Politik der Nachkriegsgeschichte mit der Wiedererlangung der deutschen Einheit, der Einheit unseres Vaterlandes, und der Überwindung der Spaltung der Welt in Ost und West ihr zentrales, von vielen nicht mehr erhofftes Ziel verwirklichen konnte. Diesen Erfolg dürfen wir nicht vergessen, wenn die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands mit großen Herausforderungen zusammenfällt und uns allen große Lasten auferlegt. Es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, diese Lasten anzunehmen.

Die gegenwärtigen strukturellen und konjunkturellen Probleme des Wirtschaftsstandortes Deutschland und Bayern und die Bewältigung der deutschen Einheit fordern unsere ganze Kraft. Nur mit einschneidenden Ausgabekürzungen, einer Konzentration auf Investitionen für die Zukunft und der Bereitschaft von allen zum Verzicht über schon Geleistetes hinaus kann unser Land gegenüber diesen Herausforderungen bestehen. Dies bedingt sicherlich auch ein Umdenken bei vielen Ansprüchen. Wir brauchen ein Weniger an Staat und ein Mehr an Eigenverantwortung und privater Initiative.

(Beifall bei der CSU)

Bund, Land und Kommunen tragen hierfür gemeinsam Verantwortung.

Auch im größer gewordenen, vereinigten Deutschland und im zusammenwachsenden Europa werden wir dafür sorgen, daß Bayern seine besondere Stellung, seinen politischen und wirtschaftlichen Rang und vor allen Dingen seine geschichtlich gewachsene Identität behält. Subsidiarität, Föderalismus und Eigenständigkeit des ältesten Kulturstaaes auf deutschem Boden sind auch in Zukunft unsere Leitlinien.

Notwendige Bescheidenheit, Einsparungen und auch Verzicht sind keine populären Botschaften. Schon unsere Verpflichtung gegenüber der nachfolgenden Generation, den nachfolgenden Generationen überhaupt, zwingt uns in die Verantwortung. Wir dürfen nicht heute auf Kosten der Generationen von morgen über unsere Verhältnisse leben.

Anders als die Generation unserer Mütter und Väter beim völligen Neuaufbau nach dem Kriege haben wir heute aber vieles zu verlieren. Um so mehr müssen wir uns anstrengen, das Erreichte zu sichern. Lassen Sie uns die einmalige Chance nutzen, daß Bayern durch den Fall der Grenzen wieder in die Mitte Europas gerückt ist und daß ganz Deutschland in Freiheit wieder ein geachteter Partner aller unserer Nachbarn ist. Dafür, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren, will ich meine ganz Kraft einsetzen, und das soll gemeinsames Ziel unser aller Arbeit sein.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU –  
Ministerpräsident a. D. Streibl gratuliert  
seinem Nachfolger)

**Präsident Dr. Vorndran:** Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Schmid.

**Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD):** Herr Präsident – das ist Ihr Manuskript.

(Abg. Dr. Schmid reicht dem Ministerpräsidenten dessen am Rednerpult zurückgelassenes Redemanuskript. – Heiterkeit –  
Abg. Spitzner: Das ist so gut, das dürfen Sie ruhig noch mal vorlesen!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Stoiber, die SPD-Fraktion gratuliert Ihnen zur Wahl zum Ministerpräsidenten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben auf die Politikverdrossenheit und die Kritik am parlamentarischen und politischen Betrieb hingewiesen. Wir führen diese Erscheinungen darauf zurück, daß konzeptionelle Führungskraft an vielen Stellen fehlt und zu Recht angemahnt wird. Das Parlament ist neu gefordert. Hier muß ein öffentlicher Diskurs über alle Grundfragen des politischen und gesellschaftlichen Lebens stattfinden.

Ich sehe in Ihrer Wahl und in Ihrer Bereitschaft auch zur streitigen Auseinandersetzung durchaus die Chance, den öffentlichen Diskurs wieder stärker an diesen Ort zurückzuverlagern.

Meine Damen und Herren, neues Denken und kompetentes Handeln sind angesichts der Herausforderungen in der Finanzwirtschaft und Sozialpolitik erforderlich. Dabei werden, wenn wir die Landesinteressen vertreten, Konflikte mit Bonn unvermeidlich. Herr Ministerpräsident, wir wünschen, daß Sie die verfassungsmäßigen Rechte eines Ministerpräsidenten auch in der streitigen Auseinandersetzung mit Bonn,

(Dr. Schmid Albert [SPD])

mit der Bundesregierung, dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister, voll wahrnehmen können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben eine Reihe von großen Aufgaben vor uns, bei denen keine parteitaktische Klientelvertretung, wie z. B. bei der Pflegeversicherung, dominieren darf. Gemeinwohl geht vor Klientelpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen um die beschränkten finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Um so mehr haben wir uns um Reformen zu kümmern, die auch ohne Geld möglich sind. Das gilt für Bildungsinhalte, und das gilt für die Verwaltung: Verwaltungsreform statt undifferenzier-tem Stellenabbau.

Herr Ministerpräsident, die Bewahrung von Recht und Ordnung sind wichtige Aufgaben des Staates. Wir erinnern Sie an die Maxime Gustav Heinemanns: „Die Freiheit soll nicht der Ordnung zum Opfer fallen. Vielmehr soll die Ordnung der Freiheit aller Bürger dienen.“

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, daß aus der zum Teil auch demagogisch geführten Symboldiskussion zu Artikel 16 des Grundgesetzes Konsequenzen hinsichtlich der Form der Auseinandersetzung gezogen werden, um nicht die Gefahr eintreten zu lassen, daß am rechten Rand ein Zuwachs zu verzeichnen wäre.

Eine zentrale Frage wird es in den nächsten Jahren sein, wie wir unsere politische Standortbestimmung im Koordinatensystem insgesamt vornehmen. Die Aussage, daß die Wahlen rechts von der Mitte entschieden werden, halten wir für mehr als problematisch. Wir halten diese These für falsch, unabhängig von dem Autor, der diese These vertritt. Wer die Zielgruppe rechts von der Mitte sieht, plazierte die Ziele dann auch selbst dort und verschiebt die Inhalte nach rechts.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage das mit allem staatspolitischen und auch parteipolitischen Ernst: Lassen Sie uns eintreten in einen Wettbewerb um das Wohl der Menschen unseres schönen Landes, des Freistaates, der vor 75 Jahren von Sozialdemokraten ausgerufen wurde.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Vorndran:** Nun hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Fleischer.

(Zurufe von der CSU: Krawatte!)

**Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, die GRÜNEN wünschen Ihnen Glück in Ihrem neuen Amt. Sie werden es brauchen für Bayern. Wir werten Ihre Wahl zum Ministerpräsidenten als Auftakt für eine harte,

aber inhaltlich faire Auseinandersetzung über die wichtigsten Sachthemen, die in Bayern angesagt sind. Eine harte, wichtige und faire Auseinandersetzung haben wir in den letzten Monaten vermißt.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

– Die CSU war schlicht und einfach nicht auseinandersetzungsfähig.

(Lachen bei der CSU – Abg. Bauereisen:  
Da muß er selbst lachen!)

Herr Ministerpräsident, wir wollen Ihnen hier heute gleich sagen, daß die Tradition von Franz Josef Strauß möglicherweise die Ihre ist, aber nicht die Tradition der GRÜNEN.

(Lachen bei der CSU – Zurufe von der CSU:  
Sehr gut! – Unruhe)

Das heißt, daß wir Ihrer Regierungspolitik energischen Widerstand entgegengesetzt werden, wenn Sie in Bayern den Sozialabbau vorantreiben wollen, wenn Sie nichts unternehmen, um den Bildungsnotstand zu beenden.

(Lachen und Widerspruch bei der CSU)

Wenn Sie sagen, Sie wollten die Verantwortung für die Nachwelt übernehmen, dann werden wir Sie genau an dieser Aussage messen. Wir erwarten dann auch, daß Sie alles tun, damit weitere ökologische Zerstörungen mit Mitteln aus Steuergeldern gestoppt werden. Ich denke hier an den Donau-Ausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr ehemaliger Staatsinnenminister, jetzt Ministerpräsident, Sie sind bekannt dafür, daß Sie im rechtspolitischen Bereich eine harte Klinge geführt haben. Wir fordern Sie hier auf, als Ministerpräsident dafür zu sorgen, daß weitere Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat verhindert werden; ich denke da an den Lauschangriff und die freie Datensammelwut.

(Beifall der Frau Abg. Paulig – Widerspruch  
bei der CSU)

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, wenn es nach mehr als 35 Jahren Alleinherrschaft der CSU in Bayern der Auftrag der GRÜNEN sein wird, alles dafür zu tun, daß diese Alleinherrschaft, auch unter Stoiber, möglichst rasch beendet wird. Unser Bayernland ist zu schön, als daß wir es der CSU als Selbstbedienungsladen überlassen könnten.

(Beifall der Frau Abg. Paulig – Lebhaftes  
Zurufe von der CSU – Große Unruhe –  
Glocke des Präsidenten)

– Da nun wieder Ruhe eingekehrt ist, kann ich meinen Beitrag beenden.

(Beifall der Frau Abg. Paulig)

**Präsident Dr. Vorndran:** Nun erteile ich das Wort Herrn Prof. Dr. Doeblin.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Prof. Dr. Doeblin (FDP):** Herr Ministerpräsident! Ich darf Ihnen im Namen der FDP-Fraktion die herzlich-

(Prof. Dr. Doeblin [FDP])

sten Glückwünsche zu Ihrer Wahl aussprechen. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Sie selbst haben die deutsche Einheit genannt. Bitte denken wir auch daran, daß wir mithelfen müssen, die zusammengebrochenen Systeme im Osten wieder aufzubauen.

(Abg. Erwin Huber: Die wollen wir nicht wieder aufbauen!)

Auch das wird Opfer von uns verlangen. Die Staatssysteme, die in den letzten Jahren untergegangen sind, sind deswegen untergegangen, weil sie ein Zuviel an Staat und ein Zuwenig an Liberalität hatten. Sie sind untergegangen, weil sie auf allen Ebenen, in der Wirtschaft und in der Rechtspolitik, auf den starken Staat gesetzt haben und nicht auf den starken Bürger. (Zurufe von der CSU: Unfreiheit!)

Meine Damen und Herren, leider scheint bei uns in diesen Tagen überraschenderweise die Tendenz zu wachsen, doch wieder auf den starken Staat zu setzen, trotz aller schlechten Erfahrungen, die wir damit gemacht haben.

Ich appelliere an Sie, in der Rechtsstaatspolitik, für uns vielleicht unerwartet, einen Sinn für liberale Lösungen zu entwickeln. Bitte, unterstützen Sie das gerade in der Frauenpolitik – der heutige Tag ist von einer geradezu symbolischen Bedeutung –, die in dieser Frage an die Rechtspolitik angrenzt – Sie wissen, wovon ich spreche –, damit Lösungen gefunden werden, die Frauen nicht bedrohen, sondern ihnen helfen.

(Beifall bei der FDP)

Wir alle stehen in der Pflicht, eine Politik zu machen, die die Menschen, vor allem aber die Jugend, für die Politik zurückgewinnt oder die zumindest Verständnis bei den jungen Menschen für die Zwänge erzeugt, unter denen wir Politiker stehen. Mit Phrasen wird uns dies nicht gelingen. Wir werden nur mit Leistung gemeinsam überzeugen können. In diesem Sinne darf ich Ihnen im Namen der FDP eine faire Oppositionspolitik versprechen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Vorndran:** Nun erteile ich Herrn Abgeordneten Alois Glück das Wort.

**Glück Alois (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der neue Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber steht in der Kontinuität bayerischer Ministerpräsidenten, die die CSU gestellt hat, und er steht in der Kontinuität der Politik der CSU. Gleichzeitig wird er mit den neuen Aufgaben und Herausforderungen des Jahres 1993 konfrontiert sein, wie sie Zeiten radikalen Umbruchs eben mit sich bringen. Die CSU-Fraktion wird mit ihm und seiner Regierung eng zusammenarbeiten

(Prof. Dr. Gantzer: Ein Jahr lang! –  
Abg. Max von Heckel: Aktionseinheit!)

– auch im Sinne einer Aktionseinheit, Herr Kollege von Heckel. Wir stehen dazu, denn der Bürger hat uns gemeinsam einen Auftrag gegeben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Er würde nicht verstehen, wenn wir trotz eines gemeinsamen Auftrags getrennte Wege gingen. Unsere Zusammenarbeit werden Sie bei aller diffamierenden Begleitmusik nicht ändern. Selbstverständlich wird die CSU-Fraktion dabei weiterhin ihre Eigenständigkeit wahren, d. h. Eigenständigkeit mit verteilten Rollen von Legislative und Exekutive für gemeinsame Ziele.

Zwar wird die Regierungserklärung Anlaß sein, ausführlich über die Sachthemen zu diskutieren; einige Stichworte meiner Vorredner muß ich aber doch kurz aufgreifen. Das Parlament ist die Stätte für öffentlichen Diskurs. Dabei wünschen wir uns vor allem, daß die Opposition nicht nur mit Schlagworten wie Bildungsnotstand und Sozialabbau operiert, sondern Alternativen vorlegt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die Demokratie lebt vom Wettbewerb. Wir nehmen ihn gerne auf. Wettbewerb heißt aber nicht nur nein sagen oder diffamieren, wenn die Mehrheit angesichts der Zeit Schwieriges beschließen muß, sondern auch Alternativen aufzeigen.

Wenn nicht rechtsradikal, ist „rechts von der Mitte“ ebenso demokratisch legitimiert wie „links von der Mitte“.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Für unsere Demokratie ist es sogar sehr wichtig.

(Abg. Dr. Albert Schmid (Regensburg):  
Vorsicht!)

daß sich nicht alle irgendwo in der Mitte tummeln, sondern daß sich die Brandbreite der Positionen der Demokratie innerhalb der Parteien wiederfindet. Sie dürfen sicher sein, daß die CSU ihre Bandbreite aus christlich, konservativ und liberal, die freilich nicht eine Bandbreite von 100 Prozent sein kann, weiter praktizieren und in der Politik umsetzen wird.

(Beifall bei der CSU)

Wie einzelne ihre Nischen finden, ist deren Problem.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, die nächsten Jahre werden davon geprägt sein, daß wir drei große Umbrüche gleichzeitig bewältigen müssen – ich nehme an, wir werden uns damit schon im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung intensiver auseinandersetzen: die Finanzierung der Erblast des Kommunismus und der Kosten für den Osten in voller Bandbreite von materiellen bis hin zu geistigen Anstrengungen sowie die in allen westlichen Industrienationen feststellbare Tatsache, daß die Sozialstaaten mit der bisherigen Entwicklung und Ausdehnung von Leistungen am Ende ihrer Möglichkeiten sind. Wegen

(Glück Alois [CSU])

der sich abzeichnenden Grenzen des Wachstums des Sozialstaats müssen wir uns mit neuen Situationen auseinandersetzen, wobei all dies mit einem tiefgreifenden Strukturwandel unserer Wirtschaft zusammenfällt. Niemand kann vor dieser Situation flüchten. Wir werden uns gemeinsam mit Ministerpräsident Edmund Stoiber den Aufgaben stellen und für das Wohl Bayerns arbeiten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Dr. Vorndran:** Meine Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt Wahl des Ministerpräsidenten erledigt. Ich gratuliere Ihnen, Herr Ministerpräsident, noch einmal im Namen des Hohen Hauses sehr herzlich und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich rufe nun, wie im Ältestenrat vereinbart, die Dringlichkeitsanträge auf, zunächst:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Köhler, Schramm und Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Abschiebestopp für Roma und Sinti (Drucksache 12/11461)

Der Antrag wird begründet. Das Wort hat Frau Abgeordnete Köhler.

(Allgemeine große Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Frau Kollegin Köhler, vielleicht warten Sie ausnahmsweise kurz, bis sich die Unruhe gelegt hat.

(Fortgesetzte Unruhe – Abg. Walter Engelhardt: Unterbrich halt die Sitzung für 10 Minuten!)

Ich unterbreche die Sitzung bis 10 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung von 9.57 bis 10.00 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen.

Ich darf zu Beginn und außerhalb der Tagesordnung eine Korrektur des Abstimmungsergebnisses von vorhin bekanntgeben: Mit Ja für den Ministerpräsidenten Dr. Stoiber stimmten nicht 120 Abgeordnete, sondern 122 Abgeordnete.

(Beifall bei der CSU)

Es hat einen Zählfehler gegeben. Ich hoffe, daß das damit klar ist.

Jetzt rufe ich erneut auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Köhler, Schramm und Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Abschiebestopp für Roma und Sinti (Drucksache 12/11461)**

Der Dringlichkeitsantrag wird von Frau Kollegin Köhler begründet. Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Frau Köhler (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Seit Mitte Mai dieses Jahres haben zirka 80 Roma-Familien —

(Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Einen Moment bitte! Ich bitte jetzt schon: Wenn so wenig Abgeordnete im Saal sind, müßte es möglich sein, daß ein bißchen Ruhe einkehrt.

Bitte, Frau Kollegin!

**Frau Köhler (DIE GRÜNEN):** Seit Mitte Mai dieses Jahres haben zirka 80 Roma-Familien Zuflucht in der Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte in Dachau gesucht und auch gefunden. Die Versöhnungskirche gewährt diesen Familien im Augenblick Kirchenasyl, und dafür ist den Verantwortlichen sehr herzlich zu danken.

Diese Roma-Familien sind nach Dachau gekommen, um auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam zu machen. Sie haben sich dabei eine Stätte ausgesucht, die wie keine andere an unsere Verantwortung als Deutsche gerade gegenüber dem Volk der Roma und Sinti mahnt. Nur zur Erinnerung: In der Zeit des Nationalsozialismus wurden mehr als eine halbe Million Roma, darunter Zehntausende von Kindern, manche gerade geboren oder wenige Wochen alt, von den Nazis umgebracht.

Ich habe diese Roma-Familien in der Versöhnungskirche im ehemaligen KZ Dachau bereits mehrmals besucht, um mich über deren Anliegen zu informieren.

Die Familien, die im Moment in Dachau Zuflucht finden, kommen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien; sie kommen aus Bosnien, Mazedonien, Serbien, dem Kosovo, aber auch aus Rumänien. Völlig verzweifelt und enttäuscht erzählen sie davon, wie wenig Gehör sie in Deutschland finden, wie sie als Asylbetrüger diffamiert werden und daß niemand bereit ist, die Diskriminierungen, Ausschreitungen, ja Massaker, wie zuletzt geschehen im Krieg im ehemaligen Jugoslawien, zur Kenntnis zu nehmen.

Die Übergriffe auf das Volk der Roma werden totgeschwiegen, auch von der internationalen Presse. Lediglich „Le Monde Diplomatique“ schrieb im März 1993 unter der Überschrift „Opfer des Rassismus, von den Kriegen gejagt – die Zigeuner durch Europa hin- und hergetrieben“ folgendes:

In Bosnien wurden kürzlich ganze Gruppen von Zigeunern massakriert im Namen der „ethnischen Säuberung“. Die Presse schweigt sich aus über den schrecklichen Tribut, den die Zigeuner dem Krieg, der das ehemalige Jugoslawien heimsucht, zahlen. In zahlreichen Fällen wurden sie aus ihren Dörfern vertrieben, sowohl in Kroatien als auch im Kosovo. In Bijeljina – Bosnien – wurden ganze Gruppen von Roma von serbischen Milizen massakriert; verschiedene Übergriffe gezielt gegenüber

(Frau Köhler [DIE GRÜNEN])

Roma werden berichtet aus Mostar, Zvornik, Tuzla, Visegrad usw. Die Roma-Minderheit von Bosnien, etwa 80000 Mitglieder stark, ist völlig desorganisiert. In Kroatien soll ein großer Teil der 40000 Roma nicht die domovnica, den Staatsangehörigkeitsausweis, erhalten haben und deshalb über keinerlei rechtlichen Status verfügen. In Mazedonien befürchten die Roma Unruhen, die zu einem Krieg führen können.

Soweit das Zitat aus „Le Monde Diplomatique“:

Aus den Diskussionen im Petitionsausschuß weiß ich nur zu genau, daß die Verfolgung von Roma in Serbien, im Kosovo, in Mazedonien und speziell in Rumänien kaum zur Kenntnis genommen wird.

Um so mehr haben mich die Dinge erschüttert, die mir diese Menschen erzählten. Naslije zum Beispiel ist 14 Jahre alt und kommt aus Skopje/Mazedonien. Ihre 18jährige Schwester wurde vor einigen Monaten nach Mazedonien abgeschoben. Angeblich passiert niemandem etwas bei einer Abschiebung nach Mazedonien – so wird uns jedenfalls stereotyp im Petitionsausschuß von den Vertretern der Staatsregierung erklärt.

Naslije erzählt über ihre abgeschobene Schwester:

Wir konnten mit ihr telefonieren. Sie weinte, war völlig verwirrt und erzählte, daß sie eine Woche lang jeden Tag von der Polizei abgeholt worden ist. Die fragten sie vor allem nach unserem Vater, weil er als Reservist von der Armee desertiert und nach Deutschland geflohen war. Spät in der Nacht ließ man sie jedesmal wieder frei, dann mußte sie eine Stunde nach Hause laufen. Weißt du, was das heißt, wenn ein Roma-Mädchen von der Polizei verhört wird, immer und immer wieder?

– So fragt sie. –

Sie hat am Telefon nichts erzählt, wie sie geschlagen wurde, wie sie vergewaltigt wurde; sie hat nur immer und immer wieder geweint. Ein Roma-Mädchen allein, ohne männlichen Schutz, ist Freiwild für alle.

Naslije hat Angst zurückzukehren. Sie sagt:

Seit das Asylverfahren zu Ende ist, sind wir sofort von zu Hause geflüchtet zu Verwandten, zu Bekannten, von einem Ort zum anderen, auch zu Deutschen. Das ist sehr beschwerlich. Aber zurück nach Mazedonien gehe ich auf keinen Fall. Die werden mich genauso kaputtmachen wie meine Schwester. Da töte ich mich lieber selber.

Die Verzweiflung, die aus diesen Worten spricht, braucht nicht mehr kommentiert zu werden.

Ich selbst war im Februar zusammen mit einer Delegation in Mazedonien. Die Stimmung dort in der Bevölkerung gegen ethnische Minderheiten, seien es Albaner und Albanerinnen, muslimische Flüchtlinge oder aber eben auch Roma, ist mehr als explosiv. Aber die emotionalisierte und funktionalisierte Asyldebatte macht uns anscheinend blind gegenüber

Verfolgung, Ausschreitungen und Pogrome von ethnischen Minderheiten, sei es im ehemaligen Jugoslawien oder in anderen osteuropäischen Ländern oder aber auch in Ländern wie der Türkei.

Wir wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß zum Beispiel in Rumänien Pogrome gegen Roma stattfinden. Dieses Volk zählt dort nicht zum Volk der Rumänen. Angehörige der Roma erhalten vielfach keine Pässe in den neuen Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Der stellvertretende Premierminister von Rumänien, Jelu Voika, verstieg sich zu der Behauptung, die Roma-Schwarzmarkthändler seien die Plage von Bukarest. Die faschistische Organisation Vatra Romaneasca rief ungeniert zur Vertreibung der Roma und Ungarn aus Rumänien auf.

Das Verwaltungsgericht Greifswald hat in einem Urteil vom 18. Mai 1992 zur Situation der Roma in Rumänien folgendes ausgeführt:

Die Situation der Zigeuner in Rumänien stellt sich für das Gericht in der Weise dar, daß es auf der Grundlage der in das Asylverfahren eingeführten Auskünfte die Auffassung von amnesty international teilt, die sich zusammenfassen in Formulierungen, wie sie sich in der Auskunft von ai vom 18.3.1982 an das Verwaltungsgericht Ansbach finden:

Die Roma in Rumänien sind in erschreckendem Ausmaße Druck von seiten der Bevölkerung ausgesetzt, seit März 1990 eskaliert überall in Rumänien die Gewalt gegen diese Volksgruppe. Der rumänische Staat hat häufig nichts gegen Übergriffe unternommen und sie durch passives Verhalten geradezu gefördert. In einer Reihe von Fällen weisen Indizien sogar auf die aktive Beteiligung von Vertretern der Staatsgewalt hin, einschließlich der Polizei.

Im einzelnen werden in dem Gerichtsurteil dann die Menschenrechtsverletzungen aufgeführt, wie zum Beispiel

- die brutalen, physischen Attacken – auch mit Todesfolge –, die vereinzelt, aber auch immer häufiger in organisierter Form an dieser Volksgruppe ausgeübt werden, ohne daß die Polizei eingreift;
- das Niederbrennen oder die schwere Beschädigung ganzer Roma-Siedlungen;
- ungerechtfertigte Verhaftungen von Roma und Strafverfahren, die offenkundig nicht die international anerkannten Standards von fairen Verfahren erfüllen;
- die gewaltsame Vertreibung von Roma-Familien aus ihren bisherigen Wohngebieten;
- der Entzug oder die Verweigerung von Arbeitsmöglichkeiten unter Vorwänden aus offensichtlich rassistischen Gründen;
- die Diffamierung, Diskriminierung und Anstachelung zum Rassenhaß durch die Medien.

Des weiteren heißt es in dem Gerichtsurteil – das finde ich sehr bemerkenswert –, ich zitiere daraus:

(Frau Köhler [DIE GRÜNEN])

Die Auskünfte des Auswärtigen Amtes lassen nicht erkennen, daß sich diese Behörde mit den sehr detaillierten Berichten nichtstaatlicher Stellen über Verfolgungsmaßnahmen gegen Zigeuner in Rumänien in gebührender Weise auseinandergesetzt hat und auf welcher Grundlage die Erkenntnisse bzw. Schlußfolgerungen des Auswärtigen Amtes zustande gekommen sind.

Soweit also dieses Gerichtsurteil, das eindrücklich darauf hinweist, daß eine Verfolgung der Roma in Rumänien stattfindet.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Auseinandersetzung mit diesem Problem kommen wir von den GRÜNEN zu dem Schluß, daß der Abschiebeautomatismus insbesondere gegenüber Roma und Sinti aufgehoben werden muß. Deshalb fordern wir, daß der bayerische Innenminister zunächst einen Abschiebestopp für sechs Monate erläßt. Dazu ist er laut Ausländergesetz befugt. Darüber hinaus soll er sich für ein Bleiberecht der Roma einsetzen. Des weiteren erklären wir uns solidarisch mit dem geschundenen Volk der Roma und fordern Sie auf, dies ebenfalls zu tun. Schließlich möchte ich Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, persönlich bitten, doch einmal die Roma-Familien in Dachau zu besuchen, mit ihnen zu sprechen und sich über die Situation dieses Volkes zu informieren.

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

(Staatssekretär Dr. Beckstein meldet sich zu Wort)

Entschuldigung Herr Staatssekretär, bei mir ist keine einzige Wortmeldung eingegangen.

(Zurufe von der SPD: Abstimmen, abstimmen!)

Die Aussprache ist geschlossen. Selbstverständlich kann die Staatsregierung nach Abschluß der Aussprache noch das Wort ergreifen. Wenn Sie dies wünschen, Herr Staatssekretär, dann ist die Aussprache wieder eröffnet.

(Weitere Zurufe von der SPD: Abstimmen!)

– Ich bitte, einen Blick in die Geschäftsordnung zu werfen, dann wird sich die Richtigkeit meiner Darstellung ergeben.

**Staatssekretär Dr. Beckstein:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, daß ich mich nicht rechtzeitig genug gemeldet habe. Ich will nur deswegen kurz das Wort ergreifen, weil ich das Anliegen der Antragsteller ernst nehme und dazu Stellung nehmen will. Ich will aber keinesfalls unnützlich die Debatte verlängern.

Das Problem der Roma ist natürlich auch zahlenmäßig sehr groß. Wir haben 1992 aus Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien etwa 250 000 Flüchtlinge ge-

habt. Ein erheblicher Teil von ihnen gibt an, zur Gruppe der Roma zu gehören. Alle Bundesländer haben sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Nicht nur in der Bundesrepublik zwischen den einzelnen Bundesländern, sondern über Deutschland hinaus in ganz Europa besteht die einhellige Meinung, daß eine generelle Gruppenverfolgung der über 10 Millionen Roma in den südosteuropäischen Ländern nicht stattfindet. Die Anerkennungsquoten in Einzelfällen sind extrem niedrig. Es gibt Anerkennungen in nicht sehr hohem Umfang. Die wesentlichen Schwierigkeiten werden darin gesehen, daß sich nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter verschlechtert haben, nachdem bereits das System des Kommunismus vor allem die wirtschaftlichen Grundlagen für das Leben der Roma weitgehend zerstört hat. Damit ist das Problem der Roma in erster Linie in der wirtschaftlichen Situation begründet.

Die Einführung eines Abschiebestopps für Roma ist bisher von keinem Bundesland vorgenommen worden. Ich sage dies deswegen sehr deutlich, weil an einer ganzen Reihe von Landesregierungen die GRÜNEN beteiligt sind. Auch diese Landesregierungen haben noch keinen Abschiebestopp angeordnet und sehen auch keinerlei Veranlassung, an den Bundesinnenminister heranzutreten, daß er einen generellen Abschiebestopp erläßt. Ich bitte deswegen um Verständnis, daß ich hier sage, es wäre naheliegend, in den Ländern Bremen, Niedersachsen und Hessen für einen Abschiebestopp einzutreten, wo die GRÜNEN die Verantwortung haben, und das nicht hier allein im Bayerischen Landtag zu machen. Wir sehen für die Einführung eines Abschiebestopps keine Veranlassung. Eine politische Verfolgung der Roma als Volksgruppe insgesamt besteht nicht. Soweit für einzelne Roma-Angehörige Verfolgungsgefahr besteht, wird dies im Asylverfahren berücksichtigt. Gerade diejenigen, die unsere Vorschläge zur Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes abgelehnt haben, wollten eine Einzelfallprüfung. Daher ist es geradezu inkonsequent, generelle Abschiebestopps oder entsprechende Regelungen zu verlangen, wenn Einzelfallprüfungen negativ ausfallen. Wir sind uns deswegen mit den anderen Bundesländern und den anderen europäischen Ländern darin einig, daß hier keine generellen Maßnahmen erfolgen sollen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur evangelischen Versöhnungskirche in Dachau machen. Herr Ministerialrat Zitzelsberger hat dort ein Gespräch geführt, ich selbst konnte anschließend noch einige Worte mit den Beteiligten wechseln. Ich konnte mich mit Dekan Bogdahn und Vertretern der evangelischen Kirche über die Situation unterhalten. Bei diesen Roma handelt es sich im wesentlichen um Asylbewerber aus den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen. Uns ist nicht bekannt, daß darunter irgendein bayerischer Fall wäre. Wir haben keine Anforderungen aus diesen Ländern, irgendwelche Maßnahmen im Wege der Amtshilfe vorzunehmen. Die evangelische Kirche geht davon aus, daß die Gruppe der Roma bis zum Kirchentag

(Staatssekretär Dr. Beckstein)

bleibt und nach dem Kirchentag dann wieder die evangelische Versöhnungskirche und Bayern verlassen wird, so daß wir im Moment keinerlei Veranlassung für irgendwelche Maßnahmen sehen.

Den Dringlichkeitsantrag selbst bitte ich abzulehnen. Er ist aktuell begründet, so daß er auch aktuell verbeschieden werden sollte. Wir befinden uns im Konzert mit den anderen Landesregierungen, auch mit denen, wo die GRÜNEN mit Verantwortung tragen. Wir sehen in Übereinstimmung mit dem Bundesaußenminister keine generelle Verfolgungssituation, so daß wir auch keine generellen Regelungen vorschlagen können. Deswegen bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! Auf Wunsch der SPD-Fraktion wird die Aussprache wieder eröffnet. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Haas.

**Frau Haas (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verweis auf andere Bundesländer, die hier noch nicht im Sinne der Antragstellerinnen und Antragsteller reagiert haben, reicht mir nicht aus. Wir sind hier im Bayerischen Landtag und sind selbst gezwungen, Verantwortung zu übernehmen. Aus den Darlegungen der Frau Kollegin Köhler war sehr gut nachzuvollziehen, welche Art von Verfolgung und in welchem Umfang die Verfolgung geschieht. Daß diese pogromartige Verfolgung in allen ehemaligen Ostblockländern geschieht, dürfte niemand verdrängen, sondern dies müßte jeder eindeutig zur Kenntnis nehmen. Wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, daß innerhalb Europas ein Minderheitenvolk lebt und verfolgt wird, welches vogelfrei und schutzlos ist.

Aus diesem Wissen und gerade wegen unserer eigenen geschichtlichen Verantwortung im Umgang mit Roma und Sinti sind wir nicht nur moralisch, sondern auch materiell verpflichtet, im Sinne dieser Antragstellung zu handeln. Deshalb werden wir seitens der SPD-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Haas! Das Wort hat der Abgeordnete Schramm. Bitte sehr!

**Schramm (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern einige Sätze aus persönlicher Erfahrung dem Herrn Staatssekretär antworten. Wenn er darlegt, daß im Konzert aller auch die Bayern die Roma abschieben wollen, dann möchte ich ihn darauf hinweisen, daß das eigentlich überhaupt keine Argumentation ist. Eines dieser Länder wird beginnen müssen, wenn es hier eine Änderung geben soll. Bei uns in Bayern liegt jetzt dieser Antrag vor; und wir haben darüber zu entscheiden.

(Zuruf von der CSU: Wir entscheiden ja!)

– Es ist trotzdem kein Argument, zu sagen, daß alle ändern das so machen, wie der Herr Staatssekretär

das möchte. Vielmehr muß dieser Antrag wirklich beraten und entschieden werden.

Ich wollte aber einfach darüber berichten, was mir über die Verfolgung der Roma bekannt ist. Wir waren – die Kollegin Köhler hat es kurz angesprochen – im Februar in Mazedonien. Ich gestehe, mir war es vorher überhaupt nicht bekannt, welche eine spannungsgeladene Situation in diesem Land, auch in der Hauptstadt Skopje, gegenüber Roma und Muslimen besteht. Wir sind während dieser Reise mit unserem Bus in eine Demonstration geraten, die wirklich mit den Demonstrationen und Vorkommnissen in Wackersdorf vergleichbar war. Dort wird mitten in der Stadt in einem Mazedonierviertel auf Kosten der nordrhein-westfälischen Landesregierung ein Lager oder eine Siedlung für rückgeführte Flüchtlinge gebaut, im wesentlichen eben Roma. Und diese Demonstration hat sich gegen den Bau dieses Lagers gerichtet. Ich kann mir lebhaft vorstellen, wie es den Menschen ergeht, die dann in diese Siedlung zurückgeführt werden; das können Sie sicher auch. Neben jedem Bauarbeiter stand dort mindestens ein Soldat oder ein Polizist – so eine aufgeheizte, aufgepeitschte Situation war das dort! Wenn diese Häuser tatsächlich fertig sind und die Menschen in diese Häuser zurückkommen, brauche ich Ihnen das wahrscheinlich nicht näher zu schildern, was die dort für ein Leben mitten unter den Mazedoniern haben werden, die sie nicht haben wollen. Und das ist nur ein winziger Ausschnitt dessen, was im ganzen Land passiert. Uns ist von Albanern durchgängig das gleiche oder ähnliches geschildert worden.

Ich weiß aus dokumentierten Berichten aus Rumänien, wo ganze Dörfer und Roma-Siedlungen niedergebrannt worden sind. Die Situation ist also so deutlich, daß wir uns hier wirklich überlegen müssen, ob wir diesem Volk das antun können, sie wieder dorthin zurückzuschicken, wovon sie geflohen sind. Wir haben eine Verpflichtung – nicht unbedingt, weil wir auch eine Vergangenheit mit diesen Roma haben, sondern ganz klar aus der heutigen Situation heraus –, diese Menschen nicht sehendes Auges in die Verfolgung zu schicken.

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Herr Kollege Schramm! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache. – Das Wort zur Geschäftsordnung hat die Frau Kollegin Köhler.

**Frau Köhler (DIE GRÜNEN):** Angesichts der Wichtigkeit dieses Themas beantrage ich namens meiner Fraktion namentliche Abstimmung.

(Unruhe)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich darf bitten, mit den Vorbereitungen zu beginnen. – Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen. –

Ich bitte, das Alphabet zu wiederholen. –

(Zweiter Vizepräsident Hiersemann)

Die Sitzung wird zum Zwecke der Auszählung unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von  
10.36 bis 10.39 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen.

Ich gebe das Ergebnis wie folgt bekannt:

Mit Ja stimmten 38, mit Nein 113, Enthaltungen 14 Mitglieder des Hauses. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten Frau Dr. Bauermann, Brückner, Daxenberger, Eckstein Herbert, Engelhardt Walter, Frau Haas, Frau Harrer, von Heckel, Heinrich, Hiersemann, Hoderlein, Irlinger, Kamm, Knauer Walter, Frau Köhler, Kolo, Langenberger, Frau Lochner-Fischer, Frau Lödermann, Maget, Müller Herbert, Naumann, Frau Paulig, Frau Radermacher, Frau Rieger, Dr. Ritzer, Schieder, Schindler, Schläger, Schmitt Hilmar, Schramm, Dr. Schuhmann Manfred, Starzmann, Frau Steiger, Straßer, Frau Vogel, Wahnschaffe und Frau Werner-Muggendorfer.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten Asenbeck, Bauereisen, Beck, Dr. Beckstein, Dr. Bernhard, Dr. Bittl, Blöchl, Frau Bock, Brandl, Braun, Breitrainer, Breitschwert, Brosch, Christ, Frau Deml, Dick, Diethei, Dinglreiter, Donhauser, Eckstein Kurt, Engelhard Rudolf, Eppeneder, Dr. Eykman, Falk, Feneberg, Fickler, Frau Fischer Anneliese, Fischer Herbert, Frelle, Gabsteiger, Dr. Glück Gebhard, Dr. Goppel, Frau Grabmair, Großer, Grossmann, Gruber, Dr. Hartl, Dr. Haushofer, Hausmann, Heckel Dieter, Frau Hecker, Frau Hiersemann, Hölzl, Hofmann, Frau Hohlmeier, Dr. Huber Herbert (Dachau), Dr. Huber Herbert (Landshut), Ihle, Jetz, Kaiser Gebhard, Kaul, Dr. Kempfle, Kiesel, Prof. Kling, Klinger, Knauer Christian, Kobler, Kränzle, Kuchenbauer, Kupka, Dr. Lang, Lerchenmüller, Loscher-Frühwald, Lukas, Dr. Maier Christoph, Dr. Matschl, Maurer, Dr. Merkl, Meyer Franz, Michl, Müller, Dr. Müller Helmut, Müller Willi, Nätscher, Neumeier, Niedermayer Josef, Nüssel, Ponnath, Ranner, Frh. von Redwitz, Regensburger, Frau Riess, Ritter, Rosenbauer Georg, Dr. Rosenbauer Heinz, Rotter, Sackmann, Sauter, Schmid Albert, Schmid Georg, Dr. Schosser, Frau Schweder, Frau Schweiger, Seehuber, Dr. Simon, Sinner, Spatz, Spitzner, Stein, Prof. Dr. Stockinger, Strehle, Traublinger, Vollkommer, Dr. Weiß, Weinhofer, Wengenmeier, Wenning, Dr. Wiesheu, Winter, Frau Würdinger, Dr. Zech, Zehetmair und Zeller.

Mit **Ich enthalte mich** stimmten die Abgeordneten Franz, Franzke, Prof. Dr. Gantzer, Gausmann, Dr. Götz, Hering, Hollwich, Dr. Kaiser Heinz, Leichtle, Loew, Moser, Nentwig, Niedermeier Hermann und Schuhmann Otto.

Zur Information: Die Dringlichkeitsanträge werden in der Reihenfolge der Drucksachennummern aufgerufen; lediglich der Antrag auf der Drucksache 12/

11459 ist auf Wunsch des Kollegen Fleischer zurückgestellt worden, weil der Kollege Fleischer gerade noch beim Empfang ist.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück Alois, Traublinger, Regensburger u. a. und Fraktion CSU betreffend Sperrzeitenregelung für Biergärten (Drucksache 12/11491)**

Wird der Dringlichkeitsantrag begründet? Das ist der Fall. Bitte, Herr Kollege Traublinger.

**Traublinger (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Mit dem Antrag soll erreicht werden, daß durch eine Ergänzung der Gaststättenverordnung bzw. der Verwaltungsvorschriften zum Sperrzeitenrecht für bayerische Gaststätten mit Biergärten in den Sommermonaten angemessene Öffnungszeiten zur Erhaltung der bayerischen Biergarten tradition sichergestellt werden können.

Ich darf das ganz kurz begründen: Die Ursache dieses Antrages ist ein noch nicht rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichts München, welches zu einer größeren Münchner Gastwirtschaft mit einem großen Biergarten, nämlich der Waldwirtschaft in Großhesselohe, folgendes Urteil erlassen hat. Hier ist der Biergarten täglich um 21.30 Uhr zu schließen und --

(Abg. Großer: Das ist kein Münchner Biergarten, er gehört zu Pullach!)

-- Herr Kollege Großer, o.k. das ist in Ihrem Gäu. Lassen wir das. Aber wir sind der Meinung: Nachdem Sie das Problem nicht aufgreifen, sollten wir das tun. Einverstanden?

(Beifall bei der CSU)

Neben der täglichen Schließung um 21.30 Uhr ist ein Urteil frei nach Karl Valentin erlassen worden, nämlich am 1. und am 3. Sonntag im Monat hat der Biergarten geschlossen zu bleiben. Jetzt kann man die Frage stellen, was bei gutem und bei schlechtem Wetter passiert. Nachdem sich Petrus hier nicht einbinden läßt, kann die Situation entstehen, daß während der wenigen Sommermonate der Biergarten vielleicht noch zu 20 oder 30 Prozent geöffnet sein kann. Meine Damen und Herren, das ist ein Aspekt, der aus dem Blickwinkel der Wirtschaft und des Mittelstandes zu betrachten ist. Wenn wir diesen Biergärten, die die bayerische Lebensart, die bayerische Tradition widerspiegeln, die wirtschaftliche Grundlage entziehen, dann bin ich der Meinung, daß wir dann um einen Farbtupfer in unserem Freistaat ärmer werden.

(Beifall bei der CSU)

Nachdem wir mittlerweile auch Urteile gegen krähende Hähne und gegen Kuhglocken haben, glaube ich, ist es an der höchsten Zeit, Zeichen zu setzen, und ich bitte den Bayerischen Landtag, heute hierüber abzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank Herr Kollege Traublinger. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Müller (Memmingen).

**Müller Herbert (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um es gleich kurz zu machen: Wir werden diesem Antrag aus vollem Herzen zustimmen.

(Allgemeiner Beifall – Abg. Kolo: Aber wir haben ein bißchen mehr Kultur, „nicht nur die Biergärten!“)

– Es geht natürlich auch um Kultur, aber auch um vieles andere.

Die Entscheidung, daß ein Biergarten bereits um 21.30 Uhr schließen muß, ist nicht nur weltfremd,

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Ganz richtig, jawohl!)

widerspricht nicht nur der Kultur und der Tradition, wie sie sich bei uns darstellt, sondern, was noch viel wichtiger ist: angesichts der Sommerzeit bedeutet das bei dem normalen Lebensrhythmus, den jemand hat, daß er um halb zehn Uhr den Biergarten – da ist praktisch an verschiedenen Tagen die Sonne noch am Himmel – den Biergarten verlassen sollte. Kein Organismus wird sich darauf einstellen können. Der Biorhythmus – nicht der Bierrhythmus – wird sich darauf nicht einstellen.

Lassen Sie mich einen ernsthaften Grund – der ist natürlich auch ernsthaft gewesen – mit anfügen: Ich komme aus Memmingen. In Memmingen gibt es einen NATO-Flugplatz. An diesem NATO-Flugplatz werden Nachtflüge durchgeführt. Damit der Nachtflug stattfinden kann, kann man das nicht nach der Sommerzeit machen, sondern man muß das nach der Normalzeit machen, weil es nach der Sommerzeit um 10 Uhr an den entsprechenden Tagen noch hell ist. Das hat die Folge, daß für diesen Bereich die Sommerzeit aufgehoben ist. Dafür gibt es vernünftige Begründungen. Wenn das aber für ein NATO-Flugzeug gilt – und ich akzeptiere das –, dann kann man schlechterdings jemand um halb zehn Uhr nach Hause schicken, damit er woanders sein Bier einnimmt. Zu dieser Zeit kann man die Menschen nicht aus den Biergärten treiben.

(Abg. Spatz: Wollen Sie die NATO-Trinker einführen?)

– Nein, die brauchen wir nicht, Herr Kollege Spatz.

Aber diese Gründe sollte man wirklich ernst nehmen. In der Diskussion um die Sommerzeit wurde die Einführung der Sommerzeit damit begründet, daß die Tage länger gemacht werden sollten. Das war der Grund. Dann kann man die Leute nicht um eine Stunde früher heimschicken. Aus dem Grund unterstützen wir diesen Antrag aufs Innigste.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CSU, der GRÜNEN und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Herr Kollege Müller. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Paulig.

**Frau Paulig (DIE GRÜNEN):** Auch die GRÜNEN werden dem Antrag der CSU zustimmen.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Es gibt einfach auch immer noch Überraschungen, gell.

(Zurufe und Heiterkeit)

Es tut uns wirklich leid – und noch dazu rede ich –, aber, Herr Diethel, Sie werden es verschmerzen können.

Wir haben wirklich feststellen müssen, daß das angesprochene Urteil fast zu einem bayerischen Volksaufstand geführt hat.

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Mit Recht!)

Nachdem wir GRÜNE für die Legalisierung der leichten Droge sind,

(Heiterkeit)

und man muß ja wirklich den Alkohol – vor allem im Bier genossen – als eine bayerische Volksdroge bezeichnen, werden wir diesem Antrag unsere volle Unterstützung geben.

(Zuruf von der CSU: Dem Alkohol und dem Nikotin?)

– Nikotin ist noch etwas anderes.

Gegen die Lärmbelästigung, die mit den langen Öffnungszeiten verbunden ist, läßt sich einiges tun. Zum Beispiel muß die Promillegrenze schärfer kontrolliert werden, bzw. sie müßte gesenkt werden. Die Leute sollten das Auto daheim stehen lassen, die Motorräder sollten daheimbleiben. Damit wäre auch bei späterer Schließung des Biergartens der Lärm für die Anlieger nicht so groß. Darauf muß man hinwirken. Außerdem sollte man dem Verkehrsmittel der Zukunft, dem Fahrrad und dem Zu-Fuß-Gehen, überhaupt wieder Chancen geben.

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Mit dem Fahrrad darf man auch nicht fahren, wenn man betrunken ist!)

– Darf man auch nicht, aber man kann schieben und sich festhalten. Dann passiert in der Regel sehr wenig.

Die andere Lärmbelästigung, das Singen, das natürlich manchmal in Gröhlen ausartet, muß auch zum bayerischen Volksgut gerechnet werden. Es werden zwar leider selten Volkslieder gesungen. Herr Matschl, das werden Sie sicherlich mit mir bedauern.

(Abg. Dr. Matschl: Das bedauere ich sehr!)

Aber auch das Singen mit der leichten Droge im Blut ist bayerisches Volksgut. Da müssen wir zur Toleranz aufrufen und die Biergärten trotzdem länger offen lassen.

(Frau Abg. Anneliese Fischer: OROPAX kaufen!)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Frau Kollegin Paulig. Das Wort hat der Abgeordnete Großer. Bitte sehr!

**Großer (FDP):** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Traublinger, ich habe mich mit dem Zwischenruf nicht wegen der Öffnungszeiten des Biergartens gemeldet gehabt, sondern weil Sie Pullach eingemeinden wollten. Dagegen habe ich ganz entschieden etwas. So ist der Zwischenruf zu verstehen gewesen. Ich bin ein sehr selbstbewußter Kommunalpolitiker aus dem Landkreis und lasse mir nicht unbedingt auch diesen Biergarten von den Münchnern nehmen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir werden diesem Antrag zustimmen. Nur, wir müssen auch deutlich machen, wie diese Situation dort entstanden ist. Der Biergarten grenzt an ein reines Wohngebiet. Er hat lediglich hundert Parkplätze,

(Abg. Kamm: Viel zu viele!)

und an schönen Abenden ist er mit tausend und mehr Autos zugeparkt. Jede Einfahrt ist zugeparkt, die Einwohner kommen in ihre Privatgrundstücke nicht mehr hinein. Wie nach einer langen, durchzechten Nacht das Abfahren von einem solchen Biergarten erfolgt, brauche ich wohl jedem, der Biergartenbesucher ist, nicht extra zu sagen.

(Abg. Kamm: Wo ist die Polizei?)

Wenn dort etwas mehr mit dem Fahrrad gefahren würde und die örtliche Polizei ihrer Aufsichtspflicht entsprechend handeln würde und das staatliche Landratsamt entsprechend handeln würde, dann bräuchten wir solche abartigen Urteile nicht.

(Abg. Kamm: Das ist ein Vollzugsdefizit!)

– Das meine ich auch.

Etwas mehr Liberalität wäre schon angesagt, das ist notwendig. Aber die Zustände, die dort herrschen, sind für die Anwohner wirklich unzumutbar. Das muß man auch einmal sagen. Und die schöne bayerische Art in diesem Biergarten findet in erster Linie mit hervorragender Dixieland-Musik statt.

(Frau Abg. Anneliese Fischer:  
Das stimmt leider!)

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Herr Kollege Großer. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Alle vier Fraktionen haben angekündigt, dem Antrag zuzustimmen. Da sage noch mal einer, daß in diesem Hause in den Lebensfragen der Nation kein Konsens herstellbar wäre!

(Heiterkeit)

Ich komme zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, außerhalb der Tagesordnung und um Zweifel, die sich im Zusammenhang mit der Wahl des Ministerpräsidenten ergeben haben, auszuschließen, darf ich folgendes bekanntgeben:

An der Wahl haben sich 184 Abgeordnete beteiligt. 3 Stimmzettel waren unverändert; sie gelten nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung als nicht abgegeben. 58 Stimmzettel waren mit „Nein“ gekennzeichnet.

Nach § 47 Absatz 1 der Geschäftsordnung erfolgt die Wahl durch Kennzeichnung eines Kandidaten oder einer Liste. Da die Nein-Stimmen keine Kennzeichnung eines Kandidaten sind, wurden sie als ungültig gewertet.

Auf Herrn Dr. Stoiber entfielen 122 Stimmen; auf Herrn Josef Niedermayer 1 Stimme. Damit sind wohl alle Zweifel endgültig beseitigt. Ich füge allerdings – auch auf Anregung des Landtagsamtes – hinzu, daß wir wohl eine Änderung von § 47 Absatz 1 der Geschäftsordnung vornehmen sollten, weil es wirklich zu Unklarheiten kommt. Aber damit möge sich der Ältestenrat beschäftigen.

(Abg. Kamm: Wir haben ja noch ein paar Tage Zeit!)

– Das kann man nie wissen.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Fleischer, Lödermann und Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Verbot des Imports von Tieren zu Versuchszwecken (Drucksache 12/11459)**

Wird der Dringlichkeitsantrag begründet? – Das ist der Fall. Das Wort hat der Abgeordnete Fleischer.

**Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren. In dem Antrag geht es darum, den Import von Versuchstieren zu stoppen. Hintergrund: Einmal wird derzeit das deutsche Tierschutzgesetz novelliert – der Vorgang ist also dringlich –, und zum anderen möchte ich kurz auf Abläufe eingehen, die in den letzten Tagen bekannt geworden sind.

Die Tierschutzinitiativen und -organisationen wehren sich seit Jahren gegen den organisierten Haustierdiebstahl. Jahrelang sind weit über hunderttausend Hunde und Katzen gestohlen worden und in Versuchslaboratorien gelandet. Der Gesetzgeber hat deswegen in das Tierschutzgesetz den Passus aufgenommen, daß für Tierversuche nur Tiere verwendet werden dürfen, die für diesen Zweck gezüchtet wurden.

Da nun der organisierte Diebstahl von Haustieren infolge des Widerstands der Bevölkerung schwieriger wurde, gab es eine Verlagerung hin zu Importen aus dem Ausland. Zunächst hatte hauptsächlich die Firma Hun-Or aus Ungarn Versuchshunde nach Deutschland und nach Bayern importiert. Dagegen gab es eine Reihe von Vorstößen im Bayerischen Landtag. Wir haben dargelegt, warum dieser Versuchstierimport sofort gestoppt werden muß. Es hatte sich nämlich gezeigt, daß der organisierte Diebstahl einfach aus der Bundesrepublik in das Nachbarland verlagert worden war. Die Tiere waren nicht zum Zwecke des Versuchs gezüchtet worden, sondern wurden geklaut, erschwindelt und ergaunert.

(Dr. Fleischer [DIE GRÜNEN])

Nach langem Hickhack hat das Innenministerium diesen Versuchstierhandel gestoppt. Daraufhin hat sich das kriminelle Handeln in die damalige ÖSFR zu einer Firma Velaz verlagert. Wir haben auch darauf hingewiesen und, da es erhebliche Zweifel bezüglich einer gesetzeskonformen Zucht der Tiere gab, gefordert, daß auch dieser Versuchstierhandel gestoppt wird.

Die Bedenken sind vom Innenministerium zwar verfolgt worden; aber leider konnte nicht sichergestellt werden, daß der illegale Handel gestoppt wurde. Vertreter des Innenministeriums waren – allerdings nach Ankündigung – in der ÖSFR und haben sich dort ein Potemkinsches Dorf vorführen lassen.

Von einem engagierten Dokumentarfilmer wurde nun der Beweis erbracht, daß das Innenministerium falschen Vorspiegelungen zum Opfer gefallen ist. Nach Bayern wurden mehr als die 480 oder 400 genehmigten Versuchstiere importiert. Für 480 Versuchstierimporte gab es Bescheinigungen; importiert wurden aber weit über 1000 Versuchstiere. Die Firma Velaz bei Prag hat nachgewiesenermaßen nicht die Kapazitäten, um eine so große Zahl von Versuchstieren zu züchten. Das heißt im Klartext: Auch hier handelt es sich um eine Form des organisierten Verbrechens, die gestoppt werden muß.

Wenn man unseren Antrag sieht, darf man natürlich nicht nur den Hundeimport betrachten, sondern man muß sich auch klarmachen, daß Hunderte von geschützten Tieren, nämlich Primaten, Affen, die auf der Roten Liste stehen, für Versuchszwecke aus sogenannten Drittquellenländern importiert werden und hier in Laboratorien wandern.

Es ist dringend geboten, daß dieses kriminelle Handeln aufhört. Das aber geht nur, wenn der Import durch eine gesetzliche Regelung endgültig gestoppt wird. Man muß auch sagen, daß viele „Halbgötter in Weiß“, also viele Mediziner und Wissenschaftler, leider bereit waren, aus einem Staatshandelsland, ohne nach der Herkunft zu fragen, einen Versuchshund für 400 Mark zu kaufen, obwohl sie genau wußten, daß ein Tier, das zum Zwecke des Versuchs gezüchtet worden ist, mindestens 2000 Mark kostet. Hier gibt es also eine traurige Tateinheit von kriminellen Hehlern, Schleppern und Abnehmern.

Ich denke, solange es nicht gelingt, Tierversuche in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt zu stoppen – die Grünen unternehmen immer wieder den Vorstoß, alle Tierversuche zu stoppen –, muß zumindest verhindert werden, daß weiterhin organisierte Kriminelle Haustierdiebstahl begehen und die Ausplünderung von Tierarten, die auf der Roten Artenliste stehen, anhält. Hier hilft nur eines, und das ist der Importstopp.

Wenn Tierversuche durchgeführt werden, sollen die Tiere dafür auch in der Bundesrepublik Deutschland gezüchtet werden, und es darf nicht sein, daß der kriminelle Import, wie er jetzt gang und gäbe ist, anhält. Man sieht, die Kontrollbehörden – das Innenministerium hat sich hier zum Teil wirklich Mühe gegeben – waren überfordert. Sie haben schlicht und einfach

gesagt, es handelt sich um hoheitliche Probleme, und man kann der ÖSFR nicht vorschreiben, was sie machen muß. Wenn sich das Innenministerium einmal in zwei Jahren zur Kontrolle aufrafft und ein Potemkinsches Dorf vorfindet, kann es die Sache natürlich nicht im Griff haben.

Wir können einen Mißbrauch also nur ausschließen, wenn wir einen Riegel vorschieben, und hierzu möchte ich Sie auffordern.

**Zweiter Vizepräsident Hiersemann:** Vielen Dank, Herr Kollege Fleischer!

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Haas. Bitte sehr!

Frau **Haas** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst bedauere ich sehr, daß wir, wenn meine Information nach wie vor zutreffend ist, über den Antrag sofort hier im Plenum abstimmen müssen. Wenn wir über den Antrag in den Ausschüssen diskutieren könnten, könnten wir sehr viel besser deutlich machen, daß eine pauschale Antragstellung, die emotional jeden berührt und den einen zu dieser und den anderen zu jener Haltung veranlaßt, absolut unangebracht ist, weil das Thema außerordentlich differenziert betrachtet werden muß.

Wenn der Kollege Dr. Fleischer insbesondere auf den Bereich des illegalen Imports abhebt, ist der Antrag ohnehin verfehlt; denn illegales Handeln wird ja sowieso durch kein Gesetz gedeckt. Das müßte also nicht noch einmal speziell erwähnt werden.

Wenn Herr Dr. Fleischer auf den Primaten-Import abstellt, müßte dazu korrekterweise gesagt werden, daß dieser Bereich im Tierschutzgesetz gesondert geregelt werden muß und das Anliegen nicht pauschal mit einer einfachen Antragstellung abgedeckt werden kann.

Wenn Herr Dr. Fleischer die Kontrolle anspricht, so ist darauf hinzuweisen, daß die Kontrolle der Einhaltung des gesetzmäßigen Tuns bei jedem Gesetz verpflichtend ist. Ein Verbot würde also in diesem Fall nichts ändern und schon gar nicht einen Effekt verstärken.

Ich hatte Ihnen gesagt, daß mit dem Antrag eine außerordentlich differenzierte Betrachtung verbunden sein müßte. Deshalb versuche ich, zumindest einige Teilbereiche informell anzusprechen.

Die Komplexe, die der Kollege Dr. Fleischer vorge stellt hat und die eindeutig den Bereich des illegalen betreffen, spare ich bewußt aus; denn es ist nicht Inhalt eines Gesetzes, etwas illegales zu decken.

Also kann ich mich mit Recht auf den legalen Bereich beschränken. Bei diesem legalen Bereich, denke ich, wären wir doch sehr viel besser beraten, wenn wir – und daher rührte mein Hinweis, eine Beratung im Ausschuß wäre sehr viel sinnvoller gewesen – an den Stellen, wo wir meinen, Skepsis äußern zu müssen, diese äußern, statt zu versuchen, durch ein absolutes Verbot etwas zu regeln. In anderen Fällen sind viel-

(Frau Haas [SPD])

leicht gerade die GRÜNEN diejenigen, die auf die Anschauung hinweisen – und zwar mit Recht hinweisen –, daß oft genug strikte Verbote gerade zum Umgehen dieser Verbote verführen, also die Illegalität sogar noch stärken würden. Deshalb gilt mein Augenmerk nach wie vor dem legalen Bereich. Ich darf Ihnen dazu drei Beispiele nennen.

Ich kehre bewußt in den Bereich der Kleintiere zurück und darf das Beispiel der sogenannten spontanhypertensiven Ratten nennen. Das ist eine Rattenart, die in der Forschung in der Bluthochdruckbehandlung eingesetzt wird und nicht in der Bundesrepublik, sondern an Universitäten in den USA gezüchtet wird. Sie ist sehr sensibel. Es ist eine sehr teure Züchtung, und deswegen wird in Kooperation über Ländergrenzen hinweg damit gearbeitet. Das ist aber dann ein Fall für den Import. Jetzt könnte man fragen: Warum geschieht das in den USA? Das können wir selber doch auch machen; dann bräuchten wir keine Ratten zu importieren. – Das ist aber eine Frage des effektiven Einsatzes von Finanzen. Wenn die gleiche Züchtung in allen europäischen Ländern, also auch in der Bundesrepublik ebenfalls betrieben würde, was sicherlich möglich wäre, würde man dafür sicherlich aus haushaltsrechtlichen Gründen gescholten.

Ich darf auch an die sogenannte SCID-Maus erinnern. Die SCID-Maus ist eine Maus, die immundefizient ist. Sie ist derzeit in der Forschung das Tier, das dafür eingesetzt wird, um in der Erforschung der Behandlung von Aids ein kleines Stückchen weiterzukommen. Ihre Züchtung ist ebenfalls so aufwendig, daß auch hierfür internationale Kooperationen zwischen Universität und Universität gebildet werden und diese Tiere in internationalen Forschungsvorhaben eingesetzt werden.

Als letztes Beispiel nenne ich die sogenannte KNOD-Maus, die in der Forschung für die Behandlung von Diabetes, einer der ganz großen Volkskrankheiten, eingesetzt wird. Es ist eine Maus, die in Großbritannien gezüchtet wird. Auch in diesem Bereich wird auf internationaler Ebene zusammengearbeitet, und man unterstützt sich gegenseitig bei der Forschung, um diese effizient und kostengünstiger durchzuführen.

Ich habe diese Beispiele gewählt, Kolleginnen und Kollegen, weil es hier nicht um irgendwelche exotischen Experimente geht, sondern um Vorhaben in der medizinischen Forschung, die dazu führen, daß Menschen ein möglichst gesundes und möglichst leidenfreies Leben ermöglicht wird. Bluthochdruck, Aids und Diabetes sind Krankheiten, die uns tief bewegen und bei denen wir nicht müde werden, auch die GRÜNEN nicht, immer wieder Mittel einzusetzen, damit die Forschung auf diesem Gebiet weiter getrieben werden kann. Wenn aber diese Forschung betrieben werden soll, ist es unlogisch, den Import von Versuchstieren zu verbieten. Dies wäre letztlich dann auch inhuman.

Es gibt, worauf ich bereits hingewiesen habe, durchaus Punkte, die meines Erachtens sehr wohl in dem

Gesetz geregelt werden müßten; diese sind aber in dem Antrag nicht genannt. Weil, um dem Anliegen gerecht zu werden, ein pauschales Verbot nicht vertretbar ist, werden wir dem Antrag nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter von Gumpfenberg. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

(Zurufe von der CSU: Die Obermaus! – Der ist für alle Viechereien gut! – Heiterkeit)

**Freiherr von Gumpfenberg (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben über diesen Antrag ausführlich in unserer Fraktion diskutiert. Liebe Kollegin Lödermann, es ist durchaus nach außen wirksam, sich dafür einzusetzen, daß der Eindruck entsteht, als ob die GRÜNEN letztendlich die Tierschützer par excellence, die Tierschützer überhaupt dieser Nation seien. Sie dürfen aber uns nicht absprechen, daß wir dieses Problem durchaus genauso ernst nehmen wie Sie. Ich will zwar nichts Falsches unterstellen, aber ich sehe in diesem Antrag durchaus den Versuch, die Öffentlichkeit glauben zu machen: Wir GRÜNEN sind die Tierschützer, und die anderen sind die Bösen. Es ist sicherlich einer jener populären Anträge, die man so einfach stellen kann. Aber die Dinge werden nicht im Landtag, sondern „in Bonn“ entschieden. Das wissen Sie.

Sicherlich haben die Geschehnisse um den Import von Tieren über die tschechische Grenze Sie dazu veranlaßt, den Antrag in der vorliegenden Form zu stellen. Sie haben das Anliegen sicherlich richtig erkannt. Aber, wie meine Vorrednerin von der SPD schon ausgeführt hat, man kann nicht generell sagen, wir brauchen keine Tiere zu importieren, um irgendwelche der Gesundheit der Menschen dienenden medizinischen Versuche durchzuführen. Dies ist nicht möglich. Dies wäre eine Lüge und schlicht und ergreifend auch nicht möglich; denn der Mensch hat in der Natur nach meinem Verständnis allemal Vorrang vor dem Tier. Daß dabei alles vermieden werden muß, was letztendlich der Kreatur Tier Schaden bringt, steht außer jeder Frage. Aber man kann nicht solche generellen Importverbote erlassen.

(Abg. Prof. Dr. Doebelin: Sehr gut!)

Dies müßten, meine Damen und Herren, auch die GRÜNEN registrieren, selbst wenn es in den entsprechenden Medien dann so erscheint: Die GRÜNEN sind für den generellen Importstopp von Tieren, und die anderen sind nicht dafür. Ich bin dagegen, Frau Kollegin Lödermann, weil ich glaube, das Verbot ist in der Form, wie Sie es vorschlagen, leider nicht praktikabel. Wir werden aus diesem Grund Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Danke schön! Nächste Wortmeldung: Kollege Dieter Heckel. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Heckel Dieter (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich feststellen, daß die CSU-Fraktion grundsätzlich immer bereit ist, Bemühungen zu unterstützen, die geeignet sind, den Einsatz von Versuchstieren auf ein unvermeidliches Minimum zu reduzieren. Ich glaube, Staatsregierung und Fraktion haben diese gute Absicht oft genug bewiesen. Ich darf an unsere Bemühungen, Alternativen zum Tierversuch wo immer möglich einführen zu lassen, erinnern. Ich darf auch an die Bemühungen um ZEBET, die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatzmethoden zum Tierversuch, und an verschiedene andere Aktivitäten erinnern. Ich darf auch daran erinnern, daß die Staatsregierung ein Verbot für die Einfuhr von Tieren durch die Firma Velaz erlassen hat, nachdem Mißstände dort nicht nur vermutet, sondern nachgewiesen werden konnten.

Zum Antrag selbst: Hier ist zur Sache festzustellen, daß die Staatsregierung überhaupt keine Möglichkeit hat, auf das laufende Novellierungsverfahren Einfluß zu nehmen, nachdem der Entwurf des neuen Tierschutzgesetzes bereits dem Bundestag vorliegt.

Zweitens. Die Staatsregierung hat auch keine rechtlichen Möglichkeiten, ein Verbot der Einfuhr von Tieren aus EG-Mitgliedstaaten durchzusetzen.

Drittens. Frau Kollegin Haas hat bereits darauf hingewiesen: Der Antrag fordert sehr undifferenziert ein Verbot der Einfuhr jeglicher Versuchstiere. Was wird zum Beispiel bei der Einfuhr der von der Kollegin Haas angeführten speziellen Labortiere geschehen? Ich darf auch noch anfügen, daß nach meiner Information der Bundesrat bereits eine Empfehlung beschlossen hat, die Einfuhr von Versuchstieren generell genehmigen zu lassen.

Da der Antrag also auf der einen Seite einer sehr positiven Zielrichtung dient, die wir alle unterstützen wollen, auf der anderen Seite aber aufgrund von Formfehlern ins Leere zu laufen droht, wäre es nach meiner Ansicht nicht richtig, diesen Antrag heute schon zu beschließen. Ich richte die dringende Bitte an die Antragsteller, den Antrag an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Dort könnten wir ihn intensiver beraten, und wir könnten uns auch gemeinsam, weil ja die Zielrichtung paßt, um Umformulierungen oder notwendige Präzisierungen bemühen. Ich glaube, das würde dem Antragsbegehren entsprechen.

Sollte allerdings die Fraktion DIE GRÜNEN heute auf einer Abstimmung bestehen, müßten wir den Antrag wegen formeller Mängel, nur wegen formeller Mängel, ablehnen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Kolo. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

**Kolo (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD ist für ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Wir haben diesbezügliche Anträge eingebracht, auch für die derzeitige Beratung des Tierschutzgesetzes.

Allein aus diesem Grund kann ich diesem Antrag nicht zustimmen, denn er beschränkt sich eigentlich nur auf das grundsätzliche Verbot von Importen. Ich glaube, so haben Sie es eigentlich gar nicht gemeint, Herr Kollege Fleischer. Aber das ist die Konsequenz. Wer für ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen ist, der kann nicht einem Antrag zustimmen, mit dem lediglich die Tierversuche mit importierten Tieren verboten werden sollen.

(Beifall des Abg. Herber Müller)

Daher werde ich ihm nicht zustimmen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Lödermann?

**Kolo (SPD):** Ja, natürlich.

**Frau Lödermann (DIE GRÜNEN):** Herr Kollege Kolo, teilen Sie meine Auffassung, daß ein vollständiges Verbot der Tierversuche, für das wir ja kämpfen, noch sehr lange auf sich warten lassen wird und daß wir in der Zwischenzeit alles verhindern müssen, was in diese Richtung läuft, also auch Importe von Versuchstieren, daß man auch einmal kleine Schritte in diese Richtung gehen muß?

**Kolo (SPD):** Grundsätzlich ja, Frau Kollegin Lödermann.

Aber zum einen teile ich Ihre Skepsis nicht in dem Maße. Es gibt auch im Bereich der Tierversuchsdurchführer zunehmend Leute, die für eine Beweislastumkehr sind. Ein grundsätzliches Verbot bedeutet ja, daß der, der einen Tierversuch machen will, die Beweislast hat, warum der Versuch notwendig ist. Das ist bei einem grundsätzlichen Verbot natürlich immer noch gegeben. Es gibt eine Reihe von Leuten, die diese Meinung vertreten, und ich halte das auch für den sinnvolleren Weg.

Ein Zweites, womit ich hier Probleme habe: Wir bekommen bei Ihrem Antrag plötzlich nicht eine Diskussion über die Frage: Tierversuche ja oder nein?, sondern wir bekommen plötzlich – und Sie haben ja gesehen, daß sich von der FDP Herr von Gumpenberg gemeldet hat – eine wirtschaftspolitische Diskussion, wir bekommen eine Diskussion über die Diskriminierung bestimmter Importe. Wir bekommen eine europäische Diskussion über den Güterverkehr. Ich weiß nicht, ob wir das Ziel, Tierversuche zu reduzieren, mit der Gegnerschaft zu Leuten befrachten sollen, die in der Sache vielleicht unserer Meinung sind, aber die Diskussion darüber nicht mit Themen, wie z. B. Importverboten, verbinden wollen, die mit dieser Sache nichts zu tun haben. Viele Leute werden sagen: Ich bin generell gegen Importverbote, ich bin für freien Handel – und dann haben wir eine Diskussion, die mit der Sache nichts mehr zu tun hat.

(Kolo [SPD])

Ich halte diesen Antrag deshalb für nicht geeignet, Herr Kollege Fleischer. Er ist sicher gut gemeint, aber es gilt halt auch in diesem Fall der Grundsatz: Nicht alles, was gut gemeint ist, ist automatisch gut, sondern sehr häufig das Gegenteil davon.

Ich bedauere darüber hinaus, daß Sie uns durch die Verweigerung der Überweisung dieses Antrags die Möglichkeit genommen haben, die Zielrichtung herauszugreifen und gemeinsam eine Lösung zu finden. Wenn Sie zu einer Überweisung an die Ausschüsse nicht bereit sind, dann kann ich diesem Antrag so nicht zustimmen, weil er viel zu mißverständlich ist und auch meiner Grundüberzeugung – grundsätzliches Verbot von Tierversuchen – nicht entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Fleischer.

**Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen der Kolleginnen und Kollegen möchte ich sagen: Es geht heute gerade nicht darum, einen Antrag auf Abschaffung der Tierversuche zu stellen, wobei ich dem Kollegen Kolo sagen möchte: Hier gibt es zwischen uns einen Unterschied in der Auffassung, der aber wesentlich ist. Die GRÜNEN wollen die Tierversuche generell abschaffen und nicht grundsätzlich, denn grundsätzlich heißt, Ausnahmen zuzulassen.

Frau Kollegin Haas wiederum hat aus GRÜNEN-Sicht, so muß ich sagen, ein Bild präsentiert, das sehr schlecht in die heutige Zeit paßt. Ihre Argumentation bedeutet einen Freifahrtschein z. B. für patentierte Lebewesen, für die Krebsmaus. Das Patent dafür ist in den USA, und dort wird sie gezüchtet; man könnte sie also bei uns nicht haben, und darin läge der Widerspruch.

Für uns ist das kein Widerspruch. Wir sind gegen die Patentierbarkeit von Lebewesen, und deshalb ist es für uns auch kein Problem, in Zukunft keine Genmaus mehr importieren zu können.

Ich möchte noch zwei, drei Sätze dazu sagen. Für uns sind Tierversuche eben nicht auf den Menschen übertragbar. Das hat die schreckliche Katastrophe um Contergan gezeigt. Damals gab es Experimente an Tieren, und trotzdem kam es zu dieser Katastrophe. Obwohl damals ein Wissenschaftler aus der Türkei im Zellkulturversuch festgestellt hatte, daß es erbgutschädigende Wirkungen haben wird, wurde das Mittel zugelassen. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Pharmaka nennen, die verboten wurden, obwohl sie im Tierversuch getestet worden waren. Der Tierversuch suggeriert nur eine Scheinsicherheit.

Diejenigen, die sich bis jetzt nicht dazu aufrufen können, Tierversuche generell zu verbieten, sollten sich wenigstens entschließen, gemeinsam die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Es ist nichts anderes als die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, wenn wir dem Import aus anderen Ländern einen Riegel vorschieben, wo entweder die Rote-Liste-Arten ge-

plündert und zum Verlöschen gebracht werden oder wo gehehlt und gestohlen wird. So sieht es aus, und keiner ist in der Lage, von der Bundesrepublik aus diese kriminellen Praktiken zu stoppen.

(Frau Abg. Hiersemenzel: Aber illegale Praktiken sind doch jetzt schon strafbar!)

Das heißt, es bleibt nur eines: Wir lösen das Problem dadurch, daß wir sagen: Wer Tierversuche machen will – und das ist leider noch die Mehrheit, wir kämpfen dagegen –, der soll zumindest so viel Anstand haben als Forscher oder was auch immer, daß er sich hinstellt und sagt: ja. Dann bedeutet das auch, daß die Tiere hier bei uns gezüchtet werden, und dann gibt es die Auseinandersetzung darüber, ob diese Versuchslaboratorien zur Zucht der Tiere hier aufgebaut werden können oder nicht. Dann sollen sie auch bereit sein, für diese fragwürdigen Versuche 2000 DM oder mehr für eines dieser bedauerlichen Versuchstiergeschöpfe aufzuwenden, und nicht zu Dumpingpreisen gestohlene Tiere aus der Tschechischen Republik, Ungarn oder sonstwoher hereinzuholen bzw. bedrohte Rote-Liste-Arten.

Ich meine, hier ist der Punkt erreicht, wo man sagen muß: hopp oder topp. Man kann sich nicht immer trösten lassen und sagen: Wir gehen noch in Ausschüsse – wenn gleichzeitig schon ein Gesetz im Bundestag beraten wird.

Es geht schlicht und einfach darum: Will man weiter die gegenwärtige Praxis akzeptieren, daß organisierte Kriminelle Tiere in der ganzen Welt zusammenklauen und Arten plündern, Affenbabys ihren Müttern entreißen und sie hier in Versuchslaboratorien stecken für billiges Geld, damit Halbgötter in Weiß noch billigere Versuche machen können?

Der Antrag ist für uns von wesentlicher Bedeutung. Wir wollen deswegen, daß heute namentlich über ihn abgestimmt wird.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort erteile ich dem Herrn Staatssekretär des Innern. Bitte, Herr Staatssekretär Beckstein, Sie haben das Wort.

**Staatssekretär Dr. Beckstein:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Reduzierung der Tierversuche ist dem Bayerischen Staatsminister des Innern ein großes Anliegen. Herr Stoiber hat sich in seiner Funktion als Minister in besonderer Weise dafür eingesetzt, daß eine Reduzierung der Tierversuche erfolgt. Ich darf daran erinnern, daß er insbesondere bei der Ausbildung der Mediziner für drastische Verbesserungen gesorgt hat, um die Zahl der Tierversuche zu reduzieren. Herr Kollege Fleischer, ich möchte ausdrücklich anerkennen, daß Sie das vorher auch festgestellt haben. Ich halte es für wichtig, deutlich zu sagen: Die Position der Staatsregierung ist eine drastische Reduzierung der Tierversuche, soweit das irgend möglich ist, bei strengen ethischen Maßstäben. Letzten Endes ist aber der Tierversuch immer noch besser, als medizinische Verfahren an einem Menschen auszuprobieren, und das bei aller Würdigung der Überlegung, wieweit eine Übertragung möglich ist.

(Staatssekretär Dr. Beckstein)

Ich meine, daß wir in den Grundprinzipien gar nicht so weit auseinanderliegen, aber durchaus unterschiedlicher Meinung in der individuellen Ausgestaltung sind. Die von mir aus gesehene rechte Seite des Hauses bis einschließlich der FDP bekennt sich deutlich dazu, medizinischen Fortschritt zu ermöglichen und die Forschung nicht ins Ausland zu treiben.

(Abg. Kolo: Der medizinische Fortschritt ist unbestritten!)

Wir wissen, wie problematisch das ist. Ich will damit nur deutlich machen, daß diejenigen, die den Antrag ablehnen, nicht automatisch einen Freibrief für Tierversuche ausstellen wollen.

Eine der Fragen, die zu dem Dringlichkeitsantrag geführt haben, lautete, wie sich die Firma Velaz in der Tschechei verhält. Wir hatten darüber schon 1991 Diskussionen. 1991 hat das bayerische Innenministerium mit dem tschechischen Landwirtschaftsministerium über die Modalitäten des Versuchstierhandels gerade bei der damals noch staatlichen Firma Velaz Verhandlungen aufgenommen. Wir sind unter Beteiligung der Veterinärbehörden der Bestimmungsländer und der Versuchseinrichtungen zu der Übereinkunft gekommen, daß eine Höchstgrenze von etwa 480 Schäferhunden festgesetzt wird. Die bei einer Besichtigung vorgefundene Zahl von Zuchthunden hat es insgesamt als realistisch erscheinen lassen, daß der Export bei einer Zahl von bis zu 480 im Jahr ordnungsgemäß erfolgt. Die damals noch tschechoslowakischen Behörden haben zugesagt, diese Vereinbarung zu kontrollieren.

Seither hatten wir keine beweisbaren Fakten und keine konkreten Beschwerden. Erst als wir im Vorfeld einer „Panorama“-Sendung – am 20. Mai war die Sendung, am 17. Mai habe ich reagiert; die Daten sind vielleicht nicht hundertprozentig genau, stimmen aber in der Größenordnung – wieder konkrete Vorwürfe bekommen haben, habe ich sofort veranlaßt, die Einfuhr von Sendungen der Firma Velaz zu stoppen mit einer Ausnahme: Die Sendung für den nächsten Tag – das ist erst am Spätnachmittag oder Abend entschieden worden – war nicht mehr aufzuhalten. Ansonsten wurden Einfuhren von der Firma Velaz gestoppt.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Fleischer?

**Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN):** Herr Staatssekretär, ich wollte Ihre Ausführungen aufnehmen und Sie fragen – Sie haben vom Innenministerium aus fernschriftlich erklärt, daß Sie den Import der Versuchstiere der Firma Velaz stoppen –, warum es nicht möglich war, den Transporter, der auf dem Weg war, an der Grenze zurückzuweisen.

**Staatssekretär Dr. Beckstein:** Die mir nachgeordneten Behörden haben dargelegt, daß es unter Gesichtspunkten des Tierschutzes nicht zu verantwor-

ten wäre, ein langes Hin und Her in Kauf zu nehmen, weil die Tiere außerhalb des Landes nicht ohne weiteres sofort zurückkommen. Ein langes Hin und Her zwischen deutschen und tschechischen Behörden über die Zuständigkeit und über Erlaubnisse ist unter Tierschutzgesichtspunkten nachteiliger, als hinzunehmen, was jetzt nicht mehr geändert werden kann. Es handelte sich um eine Sendung von etwa zehn Hunden. Mit Ausnahme dieser Sendung wurde dafür gesorgt, daß die tschechischen Behörden nicht etwa aufgrund vertraglicher Vereinbarungen darauf bestehen, daß sie Sendungen nach Deutschland bringen können.

Wir haben die tschechischen Behörden auf die Vorwürfe, die uns im Vorfeld der Fernsehsendung bekannt wurden, hingewiesen und das tschechische Landwirtschaftsministerium mit den belastenden Dokumenten konfrontiert. Wir haben um Stellungnahme gebeten und darauf hingewiesen, daß bis zur Klärung der Vorwürfe Einfuhren nicht erfolgen dürfen. Das Innenministerium hat schnell gehandelt. Mehr kann wohl auch von der Opposition, insbesondere von den GRÜNEN, im Moment nicht gefordert werden.

Der Dringlichkeitsantrag geht so weit, daß er ein generelles Einfuhrverbot fordert. Diese Forderung ist weder mit EG-Recht noch mit GATT-Recht vereinbar. Wir haben bisher lediglich eine tierseuchenrechtliche Einfuhrgenehmigung, die von unseren Landesbehörden überwacht wird, obwohl sämtliche Versuchshunde für außerbayerische Forschungseinrichtungen importiert werden, beispielsweise für Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Das sind zwar die wesentlichen Empfänger, aber wir haben die Kontrolle vorzunehmen.

Nach dem EG-Recht – das ist durch Anträge im Bayerischen Landtag nicht zu verändern – und ebenso nach dem GATT-Abkommen sind Einfuhren von Versuchstieren grundsätzlich möglich. Die Länder haben deswegen im Bundesrat beschlossen, eine Genehmigungspflicht für die Einfuhr von Wirbeltieren zu Versuchszwecken in das Tierschutzgesetz aufzunehmen. Das war ein Beschluß des Bundesrats vom 12. Februar 1993. Dieser Beschluß des Bundesrats ist der Bundesregierung zugeleitet worden, die den Gesetzentwurf am 6. Mai 1993 dem Bundestag zugeleitet hat. Dort finden die Beratungen statt, so daß wir im Moment keine Möglichkeit haben, unmittelbar in das Verfahren einzugreifen. Insoweit geht der Antrag ins Leere.

Ich kann zusammenfassen: Was erforderlich war, hat das Staatsministerium des Innern getan. Die Länder haben vorgeschlagen, eine Genehmigungspflicht für die Einfuhr von Wirbeltieren zu Versuchszwecken in das Tierschutzgesetz aufzunehmen. Ein darüber hinausgehendes generelles Importverbot widerspricht EG-Recht und GATT-Recht und ist deswegen nicht möglich. Daher bitte ich Sie, dem Dringlichkeitsantrag nicht zuzustimmen, sondern ihn abzulehnen.

**Erster Vizepräsident Möslin:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur A b s t i m m u n g. Namentliche Ab-

(Erster Vizepräsident Möslein)

stimmung wurde beantragt. Ich bitte, sie vorzubereiten. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, stimmt mit „Ja“, wer ihn ablehnen will, stimmt mit „Nein“.

Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen. –

Das Alphabet wird einmal wiederholt. – Zur Auszählung der Stimmen wird die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von  
11.38 bis 11.41 Uhr)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 9 Mitglieder des Hohen Hauses, Nein-Stimmen wurden 141 gezählt, 6 Enthaltungen waren festzustellen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten Brückner, Daxenberger, Dr. Fleischer, Frau Grabmair, Kamm, Frau Kellner, Frau Lödermann, Frau Paulig und Frau Rieger.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten Asenbeck, Bauereisen, Frau Dr. Baumann, Beck, Dr. Beckstein, Dr. Bernhard, Dr. Bittl, Blöchl, Frau Bock, Brandl, Braun, Breitner, Breitschwert, Brosch, Christ, Frau Deml, Diethel, Dinglreiter, Professor Dr. Doebelin, Donhauser, Eckstein Herbert, Eckstein Kurt, Engelhard Rudolf, Engelhardt Walter, Eppeneder, Dr. Eykman, Falk, Feneberg, Fickler, Fischer Anneliese, Fischer Herbert, Franz, Franzke, Freller, Gabsteiger, Professor Dr. Gantzer, Gausmann, Glück Alois, Dr. Glück Gebhard, Dr. Götz, Grosser, Grossmann, Gruber, Freiherr von Gumpfenberg, Frau Haas, Dr. Haushofer, Hausmann, Frau Hecker, Hering, Frau Hiersemenzel, Hoderlein, Hölzl, Hofmann, Hollwich, Dr. Huber Herbert (Dachau), Dr. Herbert Huber (Landshut), Ihle, Irlinger, Jetz, Frau Jungfer, Dr. Kaiser Heinz, Kaul, Dr. Kempfle, Kiesel Robert, Professor Kling, Klinger, Knauer Christian, Knauer Walter, Kobler, Kränzle, Kuchenbaur, Langenberger, Leeb, Leichtle, Lerchenmüller, Frau Lochner-Fischer, Loscher-Frühwald, Lukas, Maget, Dr. Maier Christoph, Dr. Matschl, Maurer, Dr. Merkl, Meyer Franz, Michl, Müller, Möslein, Moser, Dr. Müller Helmut, Müller Herbert, Müller Willi, Nätscher, Nentwig, Niedermayer Josef, Niedermeier Hermann, Nüssel, Ponnath, Frau Radermacher, Ranner, Freiherr von Redwitz, Regensburger, Frau Riess, Ritter, Dr. Ritzer, Rosenbauer Georg, Rotter, Sackmann, Schieder, Schindler, Schläger, Dr. Schmid Albert (Regensburg), Schmid Albert (Augsburg), Schmid Georg, Schmitt, Dr. Schosser, Dr. Schuhmann Manfred, Dr. Schuhmann Otto, Frau Schweder, Frau Schweiger, Seehuber, Dr. Simon, Sinner, Spatz, Spitzner, Starzmann, Frau Steiger, Stein, Professor Dr. Stockinger, Straßer, Strehle, Traublinger, Frau Voget, Vollkommer, Wallner, Dr. Weiß, Welnhöfer, Wengenmeier, Frau Werner-Mugendorfer, Dr. Wiesheu, Winter und Dr. Zech.

Mit **Ich enthalte mich** stimmten die Abgeordneten Frau Harrer, Heckel Dieter, Frau Hohlmeier, Kolo, Kupka und Neumeier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Fächer zu leeren, damit die Post nicht nachgeschickt werden muß.

Ich rufe jetzt auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Schmid Albert, Kolo und Fraktion SPD betreffend Beschleunigte Bearbeitung der Anträge zum Programm zur verstärkten Nutzung regenerativer Energien (Drucksache 12/11492)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Kellner und Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Vorzeitiger Baubeginn für Maßnahmen aus dem Solarförderprogramm (Drucksache 12/11493)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Doebelin, Bock, Freiherr von Gumpfenberg und Fraktion FDP betreffend Förderprogramm alternative Energien (Drucksache 12/11494)**

Der Dringlichkeitsantrag der SPD wird von Herrn Abgeordneten Kolo begründet. Dazu erteile ich ihm das Wort.

**Kolo (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Anträge sind nicht nur dringlich, es ist eigentlich Feuer am Dach, das allerdings leider nicht solar genutzt wird.

(Abg. Spitzner: Sie Brandstifter,  
Herr Kollege!)

Wir waren eigentlich der Meinung, daß man darüber hier gleich entscheiden sollte, aber wir stimmen einer Verweisung insofern zu, wenn gewährleistet ist, daß sich damit möglichst nur der Haushaltsausschuß beschäftigt und dann unmittelbar nach der Pfingstpause eine Entscheidung getroffen wird. Wir stimmen auch deswegen zu, weil Kollegen der CSU die Dringlichkeit in gleicher Weise sehen und signalisiert haben, daß sie darüber hinaus bereit sind, einen Grund für das bisherige Problem zu bereinigen, nämlich auch entsprechende Mittel bereitzustellen.

Es gibt zwei Dinge: Die Antragsteller und die Handwerksbetriebe warten darauf, daß über ihre Anträge entschieden wird; denn wenn der Sommer vorbei ist, macht keiner mehr sein Dach auf, und wenn der Sommer vorbei ist, sind einige Handwerksbetriebe pleite, weil ihre Mitarbeiter und Beschäftigten nicht an den Aufträgen arbeiten konnten, für die sie eigentlich eingestellt waren und die im Hinblick auf die Antragstellung auch erwartet werden konnten.

Wir wissen alle miteinander, daß ein Grund für die zögerliche Behandlung von Anträgen der Mangel an Mitteln ist.

Wenn wir nach Pfingsten beides bereinigen können, nämlich die Mittel anzuheben und gleichzeitig die Antragsbehandlung zu beschleunigen, dann könnten wir sowohl den Bürgern als auch den Handwerks-

(Kolo [SPD])

betrieben helfen. Ich hoffe, daß wir so verfahren können.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möselein:** Werden die anderen beiden Dringlichkeitsanträge begründet? – Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Keine.

Ich schlage vor, alle drei Dringlichkeitsanträge dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen.

(Abg. Kolo: Haushaltsausschuß reicht!)

– Ich glaube, daß die Behandlung, auch wenn der Wirtschaftsausschuß mit befaßt wird, parallel in der gleichen Woche laufen kann und damit keine Verzögerung eintritt.

Es besteht Einverständnis mit der Überweisung an diese beiden Ausschüsse.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Doebelin, Bock, Freiherr von Gumpenberg und Fraktion FDP betreffend Borkenkäferbekämpfung im Schutzwald (Drucksache 12/11495)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Fleischer, Kamm, Daxenberger, Lödermann und Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Sonderprogramm zum Schutz des Bergwaldes gegen die akute Borkenkäferbedrohung (Drucksache 12/11496)**

Werden diese Dringlichkeitsanträge begründet? – Der Antrag der GRÜNEN wird durch den Herrn Abgeordneten Kamm begründet. Sie haben das Wort.

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im Bergwald haben wir eine akute Borkenkäferbedrohung, wie wir sie noch nie gehabt haben. Wir haben die Situation, daß in Höhenlagen auch oberhalb von 1000 Metern, wo es bisher zwar vereinzelt Borkenkäfer gab, aber noch nie in großem Maße ein Befall zu verzeichnen war, jetzt auch ein starker Befall vorhanden ist. In Regionen, die durch Windbruch vor zwei, drei Jahren massiv betroffen waren, aber auch in Regionen, die nicht durch Windbruch betroffen waren, haben wir im Höhenbereich einen Borkenkäferbefall, der fast bis zur Baumgrenze hinaufreicht.

Die Situation ist dramatisch, und ich kann Ihnen nur den traurigen Gang empfehlen, sich dort einmal in den Bergwald zu begeben und sich das anzuschauen. Bei uns im Allgäu oder auch in Oberbayern sehen Sie Bereiche, die noch nie zu sehen waren. Wo die braunen Bereiche sind, sind die Bäume schon abgestorben. Wir wissen, daß um diese Bereiche herum in den letzten Wochen durch das Schwärmen der

Borkenkäfer große weitere Baumbestände befallen worden sind.

Im Bergwald ist das besonders problematisch, weil hier im Unterschied zum Flachland das beste und sinnvollste Mittel, nämlich schnell zu schlagen, die Bäume herauszuziehen, zu entrinden, so daß dann die befallenen Teile entfernt sind und die Larven der Käfer kaputtgehen können, so ohne weiteres nicht greift; denn in Steilhängen können Sie nicht so ohne weiteres schlagen und auch noch vor Ort entrinden – im Flachland ginge das.

Meine Damen und Herren, wenn wir dieser Situation jetzt nicht energisch entgegengetreten, richten wir fürchterliche Dinge an. Wir müssen befürchten, daß wir gerade auch in den Bereichen, in denen wir Fichtenmonokulturen haben, einen Befall und ein flächiges Absterben der ohnehin ja durch die viel zu hohe Luftschadstoffbelastung geschwächten Fichtenmonokulturen haben werden. Wenn dort die Fichten absterben, kommt der Hang ins Rutschen. Dann wird es, wenn dort keine Erdaufage mehr vorhanden ist, auch sehr schwer sein, überhaupt je wieder einen Wald zu begründen. Wir müssen dann sehr viel Geld für die Sanierung des Bergwaldes aufwenden, um noch Lawinen- und Murenschutz mit technischen Mitteln gewährleisten zu können.

Sie wissen, meine Damen und Herren – und rufen Sie sich das bitte in Erinnerung –, um nur einen Hektar Bergwald, 10000 Quadratmeter, zu sanieren, also dort eine Lawinenverbauung zu errichten, kalkulieren wir über den großen Daumen eine Million DM. Pro Quadratkilometer sind das – wenn ich richtig rechne – schon 100 Millionen DM.

Wenn wir jetzt nicht eingreifen und im jetzigen Stadium nicht mit vielen Mitteln dafür sorgen, daß das schnelle Absterben wegen des Borkenkäferbefalls aufgehalten wird, dann kommen enorme ökonomische Probleme auf uns zu,

(Abg. Sinner: Ja wie denn?)

natürlich genauso ökologische Probleme; denn dann werden wir früher oder später wieder die gleiche Lage haben wie vor drei, vier Jahren, als wir die Diskussion um das Donauhochwasser hatten. Denn wenn der große Bodenpuffer kaputt ist, dann werden sowohl die Trockenzeiten als auch die Hochwasserzeiten dramatischer ausfallen, weil ja der Boden nicht mehr das Wasser speichert.

Wir werden natürlich genauso die Probleme haben, daß dann in diesen Regionen die Landschaft enorm geschädigt wird und somit auch die wirtschaftliche Grundlage für den Fremdenverkehr wegfällt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ökologisch und ökonomisch müssen wir jetzt einsehen, daß wir schnell handeln müssen. Herr Sinner ruft schon: Was denn tun? Wir werden gegenwärtig von Arbeitsgemeinschaften, beispielsweise „Wald und Wild“ im Allgäu, eingeladen, uns dort die dramatische Situation vor Ort anzuschauen. Ich bin bei einer Führung vor genau zwei Wochen von den Fachleuten, von den Waldbesitzern, von den Forstbeamten darauf hinge-

(Kamm [DIE GRÜNEN])

wiesen worden, daß es das Beste und Sinnvollste wäre, jetzt sehr schnell zu schlagen, die Stämme zu verbringen – im Steilhang muß das teilweise wohl mit Hubschraubern geschehen – und das Ganze sehr schnell zu tun, um damit den Borkenkäferbefall zu stoppen oder wenigstens zu bremsen. Wir sollten die Stämme herausholen, entrinden und damit die Weitervermehrung der Borkenkäfer aufhalten. Wir haben nämlich – das muß in Erinnerung gerufen werden – Anfang April durch die ungewöhnlich warmen Tage und durch die ungewöhnlich warme Zeit der Jahre zuvor eine starke Vermehrung verzeichnet. Die Käfer sind geflogen und haben die anderen Bäume befallen. Man kann das sehen am Mehl, das am Stamm des Baumes ist. Wir haben jetzt sehr große Bereiche mit Bäumen, die befallen sind. Wenn wir jetzt nicht dafür sorgen, daß die Weiterentwicklung der Larven aufgehalten wird, wird sich diese Generation wieder hemmungslos vermehren, und wir haben eine explosionsartige Vermehrung des Borkenkäfers.

Herr Sinner, die Hoffnung, daß der Borkenkäferbefall von alleine zusammenbricht, was nach einer gewissen Zeit immer wieder passiert, geht nicht in Erfüllung, so sagen mir die Fachleute, weil der Parasitenbefall der Borkenkäfer leider viel zu niedrig wäre, wie die Untersuchungen ergeben haben. Deshalb plädieren die Fachleute dafür, jetzt möglichst viele Stämme herauszuholen, denn das wäre die einzig sinnvolle Methode. Die wirtschaftliche Situation ist gerade im Allgäu insofern schwierig, weil wir dort im Gegensatz zu Oberbayern einen sehr großen Anteil an Privatwald haben. Im Staatswald kann man viel eher einmal Mittel umschichten. Im Allgäu haben wir aber einen großen Anteil an Privatwald. Weil nun die forstwirtschaftliche Situation schlecht ist, haben die Privatwaldbesitzer nicht den Speck auf den Rippen, um schnell Gelder mobilisieren und im wahrsten Sinne des Wortes zuschlagen zu können. Hinzu kommt auch, daß man früher in solchen Situationen viele Bauern mobilisieren konnte für ein schnelles Schlagen. Diese Bauern gibt es heute in dem Maße gar nicht mehr. Auch der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat dort Schwierigkeiten verursacht.

Es gibt allerdings Holzunternehmer, die auch dafür sorgen können, mit modernen Maschinen sehr schnell große Mengen zu schlagen. Deswegen haben wir von den GRÜNEN diesen Dringlichkeitsantrag gestellt und fordern, daß ein Sonderprogramm aufgelegt wird, damit die Bäume schnell geschlagen werden können. Wir haben keine Summen verlangt, wir haben keine exakten Maßnahmen verlangt, weil wir denken, daß die Staatsforstverwaltung in Abstimmung mit den Privatwaldbesitzern oder Körperschaftswaldbesitzern entscheiden sollte. Sie wissen, worauf es ankommt und was getan werden muß. Wir im Parlament müssen ihnen dafür die Mittel zur Verfügung stellen. Deshalb fordern wir Sie auf, ein Sonderprogramm aufzulegen, um die Bäume sehr schnell innerhalb der nächsten Wochen schlagen zu können. Denn bis Ende Juni ist zu befürchten, daß die neuentwickelten Borkenkäfer wieder fliegen werden und dann die nächste explosionsartige Vermehrung statt-

finden wird. Bis dahin muß Entscheidendes geschehen sein. Deswegen soll das Sonderprogramm jetzt aufgelegt werden. Ich bitte Sie ganz herzlich, heute diesem Antrag zuzustimmen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf darauf hinweisen, daß als Redezeit pro Fraktion nur zehn Minuten zur Verfügung stehen, wenn die Dringlichkeitsanträge überwiesen werden. Sie haben für die Fraktion DIE GRÜNEN acht Minuten verbraucht.

Der Antrag der FDP wird von der Frau Abgeordneten Bock begründet. Ich erteile ihr dazu das Wort.

**Frau Bock (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Als zweite Rednerin, obwohl unser Antrag etwas früher eingereicht wurde als der der GRÜNEN, kann ich mich der Schilderung des Herrn Kollegen Kamm anschließen. Ich bin sonst nicht gerade dafür bekannt, zu dramatisieren, ich bemühe mich immer um Vernunft. Ich kann Ihnen aber sagen, daß die Situation im Bergwald, im Schutzwald und speziell im Allgäu mehr als bedrohlich ist.

(Abg. Loscher-Frühwald: Nicht nur im Bergwald! – Abg. Bauereisen: Überall!)

– Überall? – Gut, wenn Sie mir das sagen, dann bin ich Ihnen dankbar, denn dann sehe ich, daß Sie erkennen, wie schlimm die Situation ist. Es gibt Fluchten von 100 bis 200 Metern, in denen die Bäume schon tot sind.

(Abg. Loscher-Frühwald: Gehen Sie raus und schauen Sie sich die Schutzwälder an!)

Die Situation ist mehr als bedrohlich. Die warme Witterung hat ein übriges getan. Sie kennen alle die Ursachen und Auswirkungen. Ich brauche die Ausführungen von Herrn Kamm nicht zu wiederholen. Es geht darum, daß wir den privaten Waldbesitzern, die keine finanziellen Möglichkeiten haben, dieser bedrohlichen Situation zu begegnen, helfen, damit sie ihre Pflicht, die befallenen Bäume herauszubringen, erfüllen können. Zur Zeit gibt es 12 Mark pro Festmeter. Das ist bei weitem nicht kostendeckend. Die Faserholzpreise sind im Keller. Sie können von keinem privaten Waldbesitzer, der sowieso schon geringere Einkünfte hat, verlangen, daß er für jeden Festmeter, den er herausbringt, noch 60 oder 70 Mark drauflegt. Er hat die Möglichkeit gar nicht mehr. Er kann einfach nicht mehr.

Die Folge davon ist, daß die Bäume im Wald bleiben und die Situation noch viel viel schlimmer wird. Deswegen muß jetzt diesen privaten Waldbesitzern möglichst sofort ein Signal gegeben werden, daß sie unterstützt werden, damit ganz schnell etwas passiert. Sonst werden im Herbst oder im Spätwinter im Allgäu Lawinen abgehen. Eine Mure ist im Allgäu schon abgegangen. Dann brauchen wir plötzlich mehrere Millionen Mark, um die Schäden zu beheben. Jetzt müssen im Vergleich dazu Pfennigbeträge ausgegeben werden. Ich bitte Sie inständig, hier wirklich vorzubeugen. Hinterher müssen die Gelder dann plötz-

(Frau Bock [FDP])

lich da sein. Wenn die Katastrophe eingetreten ist, kann niemand mehr etwas sagen. Die Situation ist wirklich so schlimm, wie sie hier geschildert wurde. Ich bitte also darum, möglichst sofort wenigstens diesen Förderbeitrag so anzuheben, daß die Waldbesitzer kostendeckend arbeiten können. Des weiteren bitte ich darum, auf Dauer zusammen mit den Fachleuten und den Waldbesitzern ein Konzept zu entwickeln, damit man längerfristig zu einer besseren Lösung kommt.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Danke für die Begründung. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Sinner.

**Sinner (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben das Problem treffend beschrieben, aber sie haben sich leider um die Lösungsvorschläge herumgedrückt. Ich wundere mich insbesondere über die GRÜNEN. Wir haben auf der gleichen Tagesordnung einen Antrag der GRÜNEN, mit dem gefordert wird, den Schwammspinner nicht zu bekämpfen. Von der gleichen Stelle aus haben uns die GRÜNEN erzählt, die Schwammspinnervermehrung sei nicht so schlimm, erfahrungsgemäß breche sie zusammen. Deshalb sollten wir ihn weiterfressen lassen. Natürlich, wenn der Wald nicht mehr da ist, sind auch der Schwammspinner und der Borkenkäfer weg. Beim Schwammspinner haben wir argumentiert, das können wir nicht zulassen. Heute kommen Sie mit der umgekehrten Argumentation – ich rede jetzt zu Herrn Kollegen Kamm von den GRÜNEN – und sagen, wir müßten dringend Bekämpfungsmaßnahmen durchführen. Herr Kollege Kamm, Sie sollten sich einmal auf eine Argumentation einigen.

Sie schlagen vor, daß das Holz aus dem Bergwald herausgebracht werden muß. Nun haben Sie als „Pioniere“ immer dafür gesorgt, daß dort Wege gebaut werden. Dann kann man nämlich hinfahren, das Holz rausbringen und die Probleme lösen. Sie sind ein Verbalakrobat, aber kein Mann der Tat, wenn es darum geht, konkret etwas zu machen.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kamm?

**Kamm (DIE GRÜNEN):** Herr Sinner, sind Sie schon einmal im Allgäu gewesen und haben gesehen, welche sinnvolle Forstwege nach Diskussionen zwischen Bund Naturschutz, GRÜNEN und Forstverwaltung dort angelegt worden sind?

(Abg. Bauereisen: Und wie viele Sie verhindert haben!)

– Rede doch nicht, der kennt doch die Situation gar nicht!

(Zurufe von der CSU:  
Ach geh! Ach geh!)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Jetzt bitte keine Zwiegespräche, das Wort hat der Herr Abgeordnete Sinner.

**Sinner (CSU):** Wir sind vor kurzem mit dem Arbeitskreis der Fraktion im Allgäu gewesen. Ich kann Ihnen versichern, daß mir das Problem des Borkenkäfers bekannt ist.

Sie sagen, das Holz muß heraus. Sie schlagen Hubschrauberverbringung vor. Die Hubschrauberverbringung kostet 60 bis 70 Mark pro Festmeter. Dann haben Sie das Holz draußen; dann können Sie es aber nicht verkaufen, sondern Sie verstopfen den ohnehin schon verstopften Holzmarkt noch mehr. Oder wollen Sie es ohne Wege mit dem Rucksack heraustragen? Ökonomisch wirft die Holzverbringung also Riesenprobleme auf.

Frau Kollegin Bock, Sie fordern, den Borkenkäfer im Schutzwald zu bekämpfen. Die Borkenkäfer sind zwar intelligente Tiere, aber sie wissen nicht, wo der Schutzwald aufhört und wo er anfängt. Wenn, dann müssen Sie im gesamten Bergwald etwas machen. Gerade aus dem Schutzwald das Holz herauszubringen, ist auch ökologisch falsch. Das heißt, Sie müssen froh sein, wenn das Holz droben bleibt und zur Verbauung verwendet wird. Den Borkenkäfer müssen wir anders bekämpfen. Jetzt kommt die Gretchenfrage an Sie alle: Da sind Sie eben nicht mehr dabei, Sie reden hier bloß und sagen, es müsse mit einem Sonderprogramm energisch etwas getan werden. Aber Sie können das Problem nur lösen, wenn Sie zu chemischen Bekämpfungsmaßnahmen greifen.

(Beifall bei der CSU)

Anders ist die Borkenkäferkatastrophe nicht in den Griff zu kriegen. Wir müssen Ripcord einsetzen, ein Mittel, das z. B. auch in der Landwirtschaft zugelassen ist. Sparen Sie sich das Entrinden und den Holztransport. Das Holz kann oben liegen bleiben, und die Borkenkäfer werden erfaßt, wenn sie ausschlüpfen und anfliegen. Nur so können Sie die Borkenkäferkatastrophe, die es ähnlich 1947/48 in ganz Bayern gegeben hat, in den Griff kriegen. Meine erste Bitte an den Landwirtschaftsminister ist also, dafür zu sorgen, daß auch die chemische Bekämpfung wieder bezuschußt wird. Anders kommen wir nicht zu einem Ergebnis. Das erfordert Mittel in einer Größenordnung von 4 bis 5 Millionen. Aber anders ist das Problem nicht zu lösen. Da bitte ich auch die GRÜNEN, die SPD und die FDP, draußen diese Maßnahme zu unterstützen.

Zweitens. Das Holz kann nicht verkauft werden. Es wäre ein Unsinn, das Holz aus dem Schutzwald mit hohen Kosten runterzuholen und dann irgendwo hinzulegen. Nach dem Waldgesetz für Bayern gibt es – wir sind der Gesetzgeber und haben das eigentlich ganz gut gemacht – die Möglichkeit nach Artikel 14, bestimmte Maßnahmen in den Schutzwäldern vorzuschreiben. Nach Artikel 23 gibt es dafür Ausgleichszahlungen. Unser zweiter Vorschlag von der CSU-Fraktion ist daher, diese Möglichkeiten des Waldgesetzes auszunutzen und in den Schutzwäldern bestimmte Verbauungsmaßnahmen durchzuführen.

(Sinner [CSU])

Wir lehnen also die Anträge der GRÜNEN und der FDP ab, weil sie zwar die Probleme aufzeigen, aber die Lösungsvorschläge falsch sind. Unser Vorschlag ist: Chemische Bekämpfung mit Ripcord fördern und zweitens Ausgleichszahlungen für Bewirtschaftungsmaßnahmen im Schutzwald, wie es das Waldgesetz für Bayern vorschreibt.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schläger das Wort.

**Schläger (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! An so einem Tag, wenn man solche Anträge liest, werden einem Anträge in Erinnerung gerufen, die wir im letzten Jahr eingebracht haben, z. B. vermehrte Holztransport aus dem Wald vermehrt zu bezuschussen oder, außerhalb des Waldes, vermehrt Lagerplätze für solche gefährdeten Hölzer anzulegen.

Es ist schon richtig gesagt worden, es gehe im Moment nicht nur um den Bergwald, wenn auch in erster Linie, weil es dort von den Folgen her am gefährlichsten ist. Darüber besteht Konsens.

Insgesamt haben wir die Problematik des Borkenkäfers landesweit. In der Schotterebene mußten mittlerweile Hunderte von Hektar geräumt werden. In einer Schriftlichen Anfrage habe ich es einmal überprüfen lassen; ich habe die Antwort noch nicht. Jedenfalls sind heuer solche Flächen in weiten Teilen nicht einmal aufgeforstet worden. Ich habe mir sagen lassen, aus Geldmangel. Aber das wäre schon eine Katastrophe, wenn es so wäre. Ich möchte es noch nicht endgültig beurteilen. So etwas darf einfach nicht vorkommen. Für so etwa muß primär Geld zur Verfügung gestellt werden.

Wir selber haben zunächst einen solchen Antrag wie den vorliegenden nicht gestellt, weil wir der Meinung sind, daß unsere Forstämter draußen bisher alles Mögliche getan haben, um die große Katastrophe zu vermeiden. Tatsache ist aber, daß die Natur härter zuschlägt als normal. Deshalb glauben wir auch, daß diese Mittel – darüber besteht Einigkeit von ganz links bis ganz rechts – speziell heuer aufgestockt werden müssen.

Nur, Herr Kollege Sinner, wenn Sie das speziell am Gift aufhängen und sagen, das Gift rettet den Bergwald, dann ist das garantiert der falsche Weg. Es ist genau die Ideologie, die Sie seit Jahren vertreten, daß Gift das Allheilmittel für alles sei. Meine Damen und Herren, das ist das Ende einer vernünftigen naturnahen Waldwirtschaft!

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Wie wollen Sie es machen? – Weitere Zurufe von der CSU)

Es geht überwiegend anders. Auch in diesem Fall wäre es anders gegangen. Natürlich sind die Aufwendungen dann mitunter höher. Aber mit den vier bis

fünf Millionen Mark, die Sie jetzt für Gift nehmen wollen, können Sie schon einiges andere auch bewirken?

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Was denn?)

Natürlich ist es schwieriger. Das Entrinden ist schwieriger.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir kennen das schon aus der Vergangenheit, und folgendes habe ich an der Stelle schon einmal gesagt: Vor 25 oder 30 Jahren – das haben Sie noch mitgemacht – wurde noch DDT in solchen Fällen eingesetzt. Dann kam Lindan wegen der Folgen des DDT. Lindan wurde so gefeiert, als ob es Zucker wäre. Nach dem Lindan kommt jetzt Cypermetrin, und ich sage Ihnen voraus: Auch dieses Mittel wird über kurz oder lang aus dem Verkehr gezogen werden, und es wird heißen, es habe so viele Nachfolgewirkungen, die seien nicht absehbar gewesen und die könne man sich auf Dauer nicht leisten.

Wir meinen, daß hier durchaus etwas getan werden muß. Die öffentliche Hand muß mit gutem Beispiel gerade im Staatswald vorangehen. Aber wir wollen, daß auch der Privatwald, der von solchen Einsätzen finanziell am meisten betroffen wird, seine Förderung erhält und daß das arbeitskräftemäßig entsprechend organisiert wird.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bittl? –

**Dr. Bittl (CSU):** Herr Kollege Schläger, wenn Sie gegen diese von Herrn Kollegen Sinner vorgeschlagene Bekämpfung sind, damit man den Bergwald schonen kann, würden Sie dann auch in der Öffentlichkeit dafür werben, daß Freiwillige, die sich jetzt nur mit dem Mund um den Bergwald kümmern, antreten, um die Entrindung vorzunehmen?

**Schläger (SPD):** Ich glaube nicht, daß man dazu Freiwillige braucht. Ich glaube, daß es in einem Land mit derzeit fast vier Millionen Arbeitslosen sehr wohl möglich sein müßte, hier Leute einzusetzen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Sie wollen wohl sagen, die können mit den Maschinen nicht umgehen.

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Im Wald braucht man Facharbeiter!)

– Es geht jetzt ums Entrinden; und das kann jeder, wenn er halbwegs angelehrt ist.

Wir werden diesen beiden Anträgen zustimmen, obwohl wir wissen daß die Staatsforstverwaltung in der Richtung schon einiges getan hat. Aber wir brauchen zusätzliche Mittel; und dazu sind wir aufgerufen, sie zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Dr. Fleischer. Sie haben das Wort.

**Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, die Übereinstimmung ist in der Hinsicht hergestellt, daß der Borkenkäfer in dieser massenhaften Vermehrung eine ernsthafte Bedrohung für das Ökosystem Bergwald ist. Es geht jetzt darum, zu handeln und die Kräfte effektiv zur Abwehr zu bündeln. Dies wollen DIE GRÜNEN, und das haben sie mit ihrem Antrag auch deutlich gemacht.

Ich möchte nur noch kurz zum Kollegen Sinner kommen. Wenn es um Ausgleichszahlungen geht, ziehen wir an einem Strang. Ich denke aber an Ausgleichszahlungen für Maßnahmen, wie wir sie schon nach der großen Sturmkatastrophe hatten, wo wir zusätzlich 4 DM aus der Staatskasse als Beihilfe für Entrindungsarbeiten gezahlt haben. Dies sollten wir auch hier tun. Viele Waldbauern brauchen diese finanzielle Hilfe dringend.

Es ist tatsächlich so, daß sich in der Auffassung, wie man das Wald-Ökosystem in Bayern zu behandeln hat, in der Ära Maurer sehr viel nach vorne bewegt hat. Die Staatsforstverwaltung mit Forstminister Maurer hat sich der naturnahen Waldwirtschaft verschrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten diese naturnahe Waldwirtschaft auch umsetzen. Herr Kollege Sinner, der Vorschlag und die Idee, daß wir das alles mit Ripcord 40, mit Gift, lösen könnten, ist in der Tat ein Irrweg. Das entscheidende Problem ist gegenwärtig, die Kräfte zu entfalten, daß die Stämme überhaupt erst gefällt werden können. Denn der Einsatz von Spritzmitteln kann ja nur am liegenden Holz vorgenommen werden. Wenn es aber gelingt, die Kräfte zu haben, um den Stamm zu fällen, dann sollte man, wo immer es geht, vier Mark zusätzlich aus der Staatskasse bezahlen für eine Entrindung, die ökologisch und auch enorm effizient ist, bei den Temperaturen, die wir haben. Darauf sollten wir uns einigen. Wir sind, trotz der bevorstehenden Problematik, glücklicherweise immer noch in einer Phase, wo auch Präventionsarbeit möglich ist. Hierauf sollten wir uns verständigen können.

Noch eines: Ich kann die Situation, wie sie im Staatswald ist, gegenwärtig nicht voll einschätzen, weil man keinen genauen Überblick hat. Ich möchte aber auch hier noch einmal an Sie appellieren, daß wirklich alles getan wird, daß das Holzfachpersonal, insbesondere die Holzhauer, jetzt verstärkt an die Brennpunkte geschickt werden, damit bei der Prophylaxe keine Zeit verlorenght. Teilweise haben die Kräfte der Bundeswehr bei der Aufarbeitung von Vivian und Wiebke ordentliche Arbeit geleistet. Auch darüber sollten wir nachdenken.

Einer naturnahen Waldwirtschaft verpflichtet, ist es kein Problem, diesem Antragsbegehren der GRÜNEN zuzustimmen. Hier bricht niemandem ein Zakken aus der Krone.

Herr Sinner, es geht an der Sache vorbei, hier irgendwelche vermeintlichen Schlachten anzuzetteln, was die Erschließungsarbeiten betrifft. Das können wir uns heute sparen. Heute geht es darum, alles zu tun, daß der Borkenkäfer sinnvoll bekämpft wird, das heißt Abschied von Lindan und auch Abschied von der Chemie, wo immer es möglich ist. Es ist möglich. Nutzen wir also die Chance!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächster Redner ist der Kollege von Redwitz. Sie haben das Wort.

**Freiherr von Redwitz (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Wie so häufig wird auch hier an wesentlichen Dingen vorbeigeredet. Die Forstwirtschaft lebt seit Jahren mit der Gefahr von Insektenvermehrung und kennt natürlich die Massenvermehrung von Borkenkäfern nicht erst seit ein paar Jahren. Das ist eine große Bedrohung, und manchmal ist es sehr schwierig, mit einer solchen Katastrophe fertig zu werden. Man braucht also Hilfe.

Ich möchte aber etwas richtigstellen: Der Kollege Sinner hat keinesfalls den Gifteinsatz als das Allheilmittel hingestellt. Er hat gesagt, wir werden, wenn die Katastrophe eskaliert, ohne diesen nicht mehr fertig. Er hat diese Differenzierung eindeutig gemacht. Sie kann auch nur so gelten. Ich verstehe ja, Herr Kamm, daß es Ihnen großen Schrecken macht, wenn Sie irgendeinen großen Streifen oder Flecken von roten Fichten sehen, aber um die brauchen Sie sich in dem Zusammenhang nicht zu kümmern. Wenn die Fichte einmal rot ist, ist sie tot, dann hat die Borkenkäferbekämpfung und -vermehrung überhaupt keine Bedeutung mehr. Das sieht halt für den Laien scheußlich aus. Entscheidend ist doch, die Bäume zu finden, wo der Käfer gerade einfliegt und sich zu vermehren beginnt. Nur dort können Sie den Baum nach dem Fällen begiften. Die Rinde verbrennen ist die Alternative.

Eine zweite Möglichkeit haben wir bis jetzt bewußt vermieden. Um nicht Chemie in den Wald hineinzubringen, haben wir die uralte Methode des Einsatzes von Fangbäumen, indem man gesunde Bäume umlegt, diese allerdings nur kontrolliert oder sie gleich begiftet mit einem Kontaktgift, das die Käfer, die einfliegen, vernichtet. Diese Methode ist in den 20er Jahren schon benützt worden.

(Frau Abg. Anneliese Fischer: Schon bei meinem Großvater!)

Dies ist extrem notwendig. Das meint auch der Kollege Sinner, daß man in einem solchen Falle auf diese Giftmittel zurückgreifen muß. Deswegen meine ich, daß diese versuchte Polarisierung hier völlig fehl am Platze ist.

Lassen Sie mich zum Schluß noch darauf hinweisen, daß, wenn es um Bergwald geht, primär der Staatswald gefordert ist, weil es im Bergwald relativ wenig Privatwald gibt. Für diese Privatwald- und Kommunalwaldbesitzer brauchen wir eine zusätzliche Hilfe, damit sie mit diesen Arbeiten fertig werden. Die Staats-

(Freiherr von Redwitz [CSU])

forstverwaltung ist gefragt mit all ihren Truppen, ähnlich wie bei Wiebke in die Einsatzgebiete zu gehen und auch Waldarbeiter von weiter weg dorthin zu schicken, wo ein rascher und schneller Einsatz notwendig ist. Eine andere Lösung als die von Herrn Kollegen Sinner vorgetragene scheint im Augenblick auch nicht praktikabel zu sein.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Sinner das Wort.

**Sinner (CSU):** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz. Wir unterscheiden uns in zwei Dingen. Erstens halten wir es nicht für sinnvoll, was in Ihren Anträgen gefordert wird, das Holz herauszubringen. Das wollen wir nicht.

Zweitens, Herr Kollege Fleischer, haben wir überhaupt nicht die Arbeitskapazitäten. Es kommt auf Schnelligkeit an. Wenn Sie das, was jetzt an Massenvermehrung da ist, bewältigen wollen, können Sie nicht diese Maßnahmen treffen, die Sie hier propagiert haben. Wir haben zur Zeit einen Ausschluß der Begiftung bei der Förderung – das steht so in den Richtlinien –, und deswegen muß das geändert werden, um die Massenvermehrung zu stoppen. Da haben Sie Probleme. Sie haben Probleme beim Chemieeinsatz im Wald, Sie haben Probleme, wenn es um die Müllverbrennung geht, Sie haben Probleme, wenn es um die Energiepolitik geht. Hier sind Sie reine Populisten, und das ist Ihr Problem, und deshalb müssen wir immer alles allein machen.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Schläger, Sie können nicht DDT mit Ripcord vergleichen. Darauf lege ich Wert, daß wir das auch im Protokoll stehen haben, deswegen habe ich mich gemeldet.

Ripcord ist ein Mittel, das z. B. im Gartenbau bei Blumenkohl eingesetzt wird. Sie haben bei diesem Mittel eine Wartezeit von 14 Tagen. Dann kann der Blumenkohl verzehrt werden. Hier Ripcord im Zusammenhang mit DDT zu bringen, ist wieder eines Ihrer üblichen Beispiele, wie Sie mit Panikmache versuchen, Schlagzeilen zu machen. Das muß ich Ihnen hier ganz energisch vorhalten. Das Mittel wird nicht flächendeckend angewandt, es wird auf diesen Baum, der gefällt wird und nicht entrindet werden muß, aufgesprüht und tötet den Borkenkäfer und die Larven, die darin sind, ab. Die übrige Fauna und Flora ist nicht betroffen und nicht berührt. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied. Wenn Sie mit Ihren Entrindungsgruppen kommen, dann entrinden Sie zwar, aber die Hälfte der Käfer fliegt aus. Bis Sie bis zu den Bäumen kommen, sind sie fort, und damit sind Sie verantwortlich für die Schäden am Bergwald. Da müssen Sie halt einmal Farbe bekennen. Da können Sie sich nicht immer herumdrücken und schöne Reden halten. In Wirklichkeit geht der Wald drauf. Das ist mit uns nicht zu machen. Deswegen lehnen wir die Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort hat die Frau Abgeordnete Bock.

**Frau Bock (FDP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich kurz faßt, hat man noch Redezeit. Herr Sinner, wenn Sie hier sagen, die Leute, die sich dafür eingesetzt haben, seien daran schuld, daß der Wald kaputt geht, dann frage ich doch einmal die CSU mit ihrer absoluten Mehrheit – –

(Abg. Sinner: Sie machen doch mit!)

– Ja, trotzdem frage ich Sie: Was haben Sie mit Ihrer absoluten Mehrheit bisher getan?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sie können doch jetzt nicht sagen, es komme auf Schnelligkeit an. Ich wiederhole die Frage: Was haben Sie denn bis jetzt getan?

(Abg. Sinner: Wir haben den Borkenkäfer nicht gezüchtet!)

– Natürlich haben Sie den Borkenkäfer nicht gezüchtet; aber Sie allein haben es in der Hand, etwas zu tun, um Gottes willen! Es ist nichts geschehen. Ich möchte Sie bitten, hier vernünftig zu diskutieren und nicht immer mit Schuldzuweisungen bei all dem, was diskutiert wird, zu kommen. Das ist ja fürchterlich!

Es nützt doch nichts, daß Sie und Herr Kamm sich wechselseitig Vorwürfe machen. Es muß jetzt etwas geschehen, und zwar möglichst schnell, und Sie haben es in der Hand. Warum stellen Sie nicht einen entsprechenden Antrag oder telefonieren mit Ihrem Ministerium?

(Abg. Sinner: Ist schon erledigt!)

– Das ist ja wunderbar, daß wir dies hören. Entschuldigen Sie, bitte schön, daß wir uns auch um dieses Problem gekümmert haben, Herr Sinner. Ich hoffe nur, daß jetzt schnell etwas herauskommt.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort erteile ich dem Herrn Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Sie haben das Wort, Herr Forstminister!

(Heiterkeit – Abg. Dr. Merkl: Auf das haben wir gewartet!)

**Staatsminister Maurer:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion heißt es:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die staatliche Förderung der Borkenkäferbekämpfung in Schutzwaldlagen deutlich anzuheben usw.

Und im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN heißt es:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, innerhalb weniger Wochen ein Sonderprogramm zum Schutze des Bergwaldes gegen die akute Borkenkäferbedrohung zu starten.

(Staatsminister Maurer)

Also eine finanzielle Anhebung. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Moment zahlen wir für die Borkenkäferbekämpfung – sprich für die Entrindung und die Bringung – 12 DM im Schutzwald. 12 DM zahlen wir schon.

(Frau Abg. Bock: Das habe ich ja gesagt!)

Und wir zahlen in anderen Bereichen 4 DM. Aber, Frau Kollegin Bock und Herr Kollege Kamm und alle, die jetzt gesprochen haben: Glauben Sie denn wirklich, daß wir das Problem lösen, wenn wir sagen, statt 12 DM gehen wir auf 16 DM? Wie immer, damit unterstützen wir die Waldbesitzer; das Problem Borkenkäferbekämpfung aber lösen wir damit überhaupt nicht.

(Beifall bei der CSU)

Das muß man doch sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sollten nicht so tun, als ob wir das Problem in den Griff bekämen, wenn wir die Beträge erhöhten.

(Frau Abg. Bock: Nein, aber dann tun die Waldbesitzer etwas!)

Nein, das ist es eben nicht. Das Problem liegt erstens einmal im Schutzwald und im Bergwald. Dort ist es sehr schwierig, überhaupt zu kontrollieren, welche Bäume befallen sind. Zum zweiten, Frau Kollegin Bock, der rechtzeitige Einschlag und die Entfernung sind ganz schwierige Dinge. Ich kann das drehen und wenden wie ich will. Herr Kollege Fleischer, Sie sagen und bestätigen, daß wir eine naturnahe Waldwirtschaft gemacht haben. Wir haben aber eine katastrophenähnliche Lage.

(Abg. Sinner: Auch im naturnahen Wald!)

Und solche ungewöhnlichen Vorgänge erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Ich sehe keine andere Möglichkeit, als das Ripcord 40 einzusetzen und entsprechend finanziell zu fördern. Bisher haben wir nur die insektizidfreie Bekämpfung gefördert. Aber in der Situation, in der wir sind, sehe ich keine andere Möglichkeit, und ich möchte das auch so machen.

(Beifall bei der CSU – Frau Abg. Bock: Dann macht es halt!)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/11495. Das ist der Antrag der FDP-Fraktion. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der FDP, der SPD und Teile der GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen aus den Reihen der GRÜNEN. Damit ist der Antrag **a b g e l e h n t**.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/11496. Das ist der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN. Wer hier zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Wer stimmt

dagegen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist **a b g e l e h n t**.

(Abg. Kamm: Der Diethel hat es nicht kapiert! – Abg. Diethel: Sie sollten mal zum Arzt gehen, das wird höchste Zeit!)

Ich rufe jetzt auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Doeblin, Großer, Bock u. a. und Fraktion FDP betreffend Unterbringung des Fachbereichs Forstwirtschaft der FH Weihenstephan nach Untersagung der Nutzung des Forstpavillons durch das Gewerbeaufsichtsamt München-Land am 30. April 1993 (Drucksache 12/11497)**

Der Dringlichkeitsantrag wird von Herrn Kollegen Großer begründet. Ich erteile ihm dazu das Wort.

**Großer (FDP):** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Am 13. Mai 1993 war der Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen sowohl an der TU als auch an der Fachhochschule in Weihenstephan und mußte dort erfahren, daß genau 14 Tage vorher, nämlich am 30. April 1993, das Gewerbeaufsichtsamt München-Land per Telefax den Forstpavillon für den Fachbereich Forstwirtschaft wegen gesundheitsgefährdender PCP-Belastungen geschlossen hatte. Einen Tag später war das 20jährige Jubiläum des Fachbereichs Forstwirtschaft an der Fachhochschule Weihenstephan. Herr Minister Maurer war selbst anwesend.

Wir konnten uns über die schwierige Situation der Unterbringung der Studenten jetzt und insbesondere im Wintersemester überzeugen. Das wird außerordentlich schwierig werden, im laufenden Verfahren einen ganzen Fachbereich zu schließen. Uns geht es darum, daß die schon angekurbelten Maßnahmen für einen Neubau, die im Doppelhaushalt 1993/94 schon mit Planungsmitteln von 350 000 DM und 430 000 DM grundsätzlich ausgestattet sind, sofort in eine Haushaltsunterlage Bau umgesetzt werden. Das ist der Wunsch des Präsidenten.

Wegen der Eilbedürftigkeit beantragen wir, den Antrag ausschließlich an den Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen zu verweisen. Ich habe sowohl mit Minister Maurer als auch mit Staatssekretär Wiesheu gesprochen. Sie sind an einer längeren fachlichen Debatte beteiligt. Da ist gar nichts auszusetzen. Die Sache ist klar und vordringlich. Im Grunde genommen hätte es heute verabschiedet werden können. Aber Kollege Wengenmeier möchte es behandeln. Dann soll es bitte im Haushaltsausschuß zügig beraten werden, damit wir es noch im Juni im Plenum verabschieden können, damit die Sache vorankommt. Das ist in unser aller Interesse.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Ich danke für die Begründung. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen? – Der Abgeordnete Dr. Haushofer.

(Abg. Herbert Müller: Der Antrag wird doch verwiesen!)

**Dr. Haushofer (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Der Antrag wird in den Haushaltsausschuß verwiesen. Ich muß dazu nur eines sagen: Die Anmietung anderer Räume ist erfolgt. Der Lehrbetrieb im Sommersemester ist gewährleistet. Ich bitte Sie, sich mit dem Kollegen Zech abzusprechen. Die Sache wird im Haushaltsausschuß präzise, gründlich und sorgfältig wie immer behandelt. Es entsteht keine Not in Weihenstephan. Ein Teil der Molkerei muß verlegt werden. Das ist ein komplexer Bereich. Das Baurecht in Freising muß geregelt werden. Mit Schnellschüssen ist hier nicht gedient. Wir werden es im Haushaltsausschuß so gut und schnell wie möglich regeln.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schlage also vor, dem Antrag der FDP folgend, den Dringlichkeitsantrag lediglich dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen. Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bleiben uns jetzt 35 Minuten für die Aussprache und die Beschlußfassung zu den Tagesordnungspunkten 48 bis 51, die Dringlichkeitsanträge Schweinfurt betreffend.

(Abg. Diethel: Sechs Wortmeldungen!)

Es sollen noch sechs oder sieben Wortmeldungen vorliegen. Wenn sich alle Redner auf vier oder fünf Minuten beschränken würden, wäre die abschließende Behandlung noch möglich. Wenn allerdings diese Redezeiten dann überschritten werden, meine ich, könnten wir diese Tagesordnungspunkte heute nicht mehr aufrufen. Wegen der Dringlichkeit in der Sache sollen sie trotzdem aufgerufen werden. Besteht Einverständnis, daß ich die Tagesordnungspunkte aufrufe und noch einmal die dringliche Bitte an alle Redner richte, sich kurz zu fassen?

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 48 bis 51 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Schmid Albert, Dr. Kaiser Heinz, Hollwich und anderer und Fraktion SPD betreffend Sonderprogramm Schweinfurt/Main-Rhön (Drucksache 12/10010)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Fleischer, Scheel und Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Sonderprogramm für Schweinfurt und seine Region zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Drucksache 12/10032)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück Alois, Prof. Dr. Stockinger, Nätcher und anderer und Fraktion CSU betreffend Hilfen für die Region Schweinfurt (Drucksache 12/10034)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Schmid Albert, Dr. Kaiser Heinz, Hollwich und anderer und Fraktion SPD betreffend EG-Regionalförderung für**

**den Verdichtungsraum Schweinfurt (Drucksache 12/10205)**

Erster Redner ist der Kollege Dr. Heinz Kaiser.

**Dr. Kaiser Heinz (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte eine Vorbemerkung machen: Ich finde es sehr bedauerlich, daß wir heute vormittag die Zeit mit namentlichen Abstimmungen verplempert haben und daß uns für dieses wichtige Thema gerade nur noch eine halbe Stunde Zeit bleibt.

(Beifall)

Die Fraktion DIE GRÜNEN, die uns heute vormittag aufgehalten hat, ist jetzt, beim Thema Schweinfurt, nur noch mit einem Vertreter anwesend. Das möchte ich festgehalten haben.

(Beifall – Abg. Diethel: Und der ist nur körperlich anwesend!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Staatsminister Lang hat gestern zu unserem Antrag „Sonderprogramm für die Region Main-Rhön-Schweinfurt“ erklärt, daß die Staatsregierung alle Möglichkeiten ausschöpfe. Sie tue etwas, um Schweinfurt und der Region zu helfen. Wir, von seiten der SPD-Fraktion, müssen feststellen: Die Staatsregierung tut leider viel zu wenig. Ihre Tätigkeit erschöpft sich in Versprechungen, Zusagen, Ankündigungen und Absichtserklärungen.

Ich darf dies kurz erläutern.

Punkt 1: Nachdem Schweinfurt aus der Gemeinschaftsaufgabe herausgefallen ist, war die Ankündigung: 1994 kommt Schweinfurt vielleicht wieder hinein.

Punkt 2: Man hat darüber hinaus, was man in eigener Zuständigkeit nicht hätte tun müssen, Schweinfurt aus der regionalen bayerischen Wirtschaftsförderung herausgenommen, so daß also kleinere und mittlere Unternehmen nicht mehr gefördert werden konnten. Jetzt erst soll Schweinfurt wieder hineinkommen.

Gestern hat Herr Lang angekündigt, die EG habe mit Schreiben vom 11. Mai 1993 der Aufnahme Schweinfurts in die regionale bayerische Wirtschaftsförderung zugestimmt. Man könne jetzt ab sofort fördern. Diese Aussage war falsch. Die EG hat zwar zugestimmt, aber es liegt noch keine Zustimmung des bayerischen Finanzministeriums vor, daß das Programm in Gang gesetzt werden darf. Es wäre gut, wenn sich Herr Lang gestern nachmittag mit seinem Banknachbarn, Herrn Staatssekretär Dr. Meyer, unterhalten und ihn aufgefordert hätte, daß das Finanzministerium jetzt endlich schnellstens das Programm in Kraft setze.

(Beifall bei der SPD – Abg. Diethel: Vielleicht hat er es gemacht!)

Nächster Punkt: Ziel-2-Gebiet. Ankündigung. Bayern werde sich dafür einsetzen, daß eine EG-Förderung erfolgen soll; Inkraftsetzen: 1994, vielleicht 1995.

(Dr. Kaiser Heinz [SPD])

Er hat nichts gesagt zum KONVER-Programm, d. h. zu dem Programm für die Rüstungskonversion für die Standortgemeinden, die vom Truppenabbau in der Region betroffen sind. Was geschieht hier? Fehlansätze.

Zum Bayern-Fonds: Herr Staatssekretär Zeller, Herr Lang hat gestern groß von 100 Millionen gesprochen, und da gab es Beifall. 100 Millionen, das wäre ja bereits etwas. Mitnichten. Was sind 100 Millionen? Das ist ein Darlehensprogramm, Zinsverbilligung um 2 Prozent. Das sind für Schweinfurt und für die Region 2 Millionen DM, wobei die LfA, die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, erklärt hat, daß sie davon die Hälfte übernimmt. Das ist 1 Million DM für die Region, und das wird hier im Landtag groß angekündigt. Das ist viel zu wenig für die Probleme.

Wenn der Kollege Brosch sagt, Schweinfurt ist das Problemgebiet Nummer 1, hat er recht. Aber dann muß einmal geklotzt und nicht mit 1 Million DM geleckert werden.

Noch ein Wort zu dem Zinsverbilligungsprogramm von 1 Milliarde DM. Haushaltswirksam sind bei 2 Prozent Zinsverbilligung, wie gesagt, 20 Millionen DM für Bayern insgesamt. Das Geld soll vor allem in den Problembereichen Bayerns eingesetzt werden.

Das Programm ist zum ersten Mal – mittlerweile geschah dies bereits ein halbes Dutzend mal – auf dem „Kleinen Parteitag“ der CSU in der Region, in Bad Kissingen, angekündigt worden. Das war Ende März. Jetzt haben wir Ende Mai. Solche langfristigen Vorankündigungen – die Inkraftsetzung soll ja im Herbst stattfinden – sind investitionshemmend, weil sie dazu führen, daß die Unternehmer, die vielleicht Investitionen vorhaben, abwarten, um noch die Mittel des Programms in Anspruch nehmen zu können. Man sollte nicht große Vorankündigungen machen und große Absichtserklärungen abgeben, sondern die Dinge in die Tat umsetzen, und zwar möglichst schnell.

Nachdem die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung gesagt hat, sie sei in der Lage, die Hälfte des Programms, nämlich haushaltswirksam etwa 10 Millionen DM, aus eigenen Gewinnresten zu finanzieren, braucht man nicht auf den Nachtragshaushalt zu warten. Man könnte diesen Teil des Programms sofort in Kraft setzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere die Staatsregierung auf, dies zu tun.

Baden-Württemberg hat ein solches Programm – zinsverbilligte Mittel für Liquiditätshilfen für aufgrund der konjunkturellen Situation in Schwierigkeit geratene Betriebe, die aber mittelfristig Produkte mit guten Absatzchancen haben – bereits am 18. Dezember 1992 in Kraft gesetzt. In Bayern wird monatelang diskutiert, um ein solches Programm in Kraft zu setzen. Das ist ein Zeichen für den Stillstand in der bayerischen Landespolitik und für die Lähmungserscheinungen der Regierungspartei in den letzten Monaten.

Wir hoffen, daß sich dies in den kommenden Monaten ändern wird.

Nächster Punkt: Statistisches Landesamt. Das wird groß herausgestellt. 30 Arbeitsplätze; bis Mitte 1994 sollen es 80 sein. Mit dem Bau des Landesamtes soll 1995 begonnen werden; Fertigstellung 1997. Das wird heute groß verkauft.

(Abg. Willi Müller: Sind Sie dagegen?)

– Nein, ich bin nicht dagegen; aber man sollte schneller handeln, Herr Kollege Müller, und nicht nur Vorankündigungen machen.

Zum nächsten Punkt, zu ABM: Gestern nachmittag hat eine Delegation der IG Metall dem Wirtschaftsminister eine Resolution übergeben. Man sollte nicht nur bereit sein, die ABM-Mittel des Bundes mit Landesmitteln komplementär zu begleiten, sondern man sollte auch mit Landesmitteln arbeiten, um den Arbeitslosen in der Region kurzfristig wirksam zu helfen. Wir fordern die Staatsregierung auf, hier etwas zu tun, nachdem der Bund und Ihr eigener Finanzminister in Bonn versagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte auch gerne eine Auskunft, Herr Staatssekretär Zeller. Als in Ihrem Stimmkreis eine Maschinenbaufirma, die Maho, in Schwierigkeiten gekommen ist – sie ist auch gestern von Herrn Lang erwähnt worden –, hat sich die LfA an der Kapitalzufuhr und am Kapitalschnitt beteiligt, um der Firma zu helfen.

(Abg. Freiherr von Gumpfenberg: Das ist der falsche Weg, Herr Kollege!)

– Herr Kollege Gumpfenberg, zu Ihnen komme ich noch.

Herr Kollege Zeller, mich hätte einmal interessiert: Was ist aus den Ankündigungen der CSU-Bundespolitiker geworden, die gesagt haben, beim Verkauf der rentablen Betriebsteile von Kugelfischer in Ebern mit über 2000 Beschäftigten und in Hammelburg mit über 1000 Beschäftigten – das eine Werk arbeitet im Bereich der Bremshydraulik, das andere Werk im Bereich des Textilmaschinenzubehörs; beide operieren in schwarzen Zahlen – solle die LfA mithelfen, einen Käufer zu suchen, damit die Zukunft der beiden Werke gesichert ist? Auch dies ist bis jetzt nicht geschehen; wir haben zumindest keine Informationen darüber.

Ich meine also, man sollte jetzt endlich einmal den Worten Taten folgen lassen. Wir würden uns freuen, wenn sich die CSU-Fraktion bereit erklären würde, dem Dringlichkeitsantrag der SPD zuzustimmen.

Zu Ihnen, Herr Kollege von Gumpfenberg. Sie haben gestern davon gesprochen, daß Sie sich in Bonn und bei der EG einsetzen werden.

(Abg. Freiherr von Gumpfenberg: Das haben wir auch real getan, Herr Kollege!)

Nur schiebt man dort den Schwarzen Peter ganz einfach nach Bayern ab. Staatssekretär Eekhoff vom

(Dr. Kaiser Heinz [SPD])

Bundeswirtschaftsministerium schreibt: „Neben den dargestellten Haushaltsrestriktionen bestehen gegen eine Ausweitung der AB-Maßnahmen auch wirtschaftspolitische Bedenken.“ Das ist Kapitalismus pur. Sie lassen die Leute, die arbeitslos werden, im Stich, denen man mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen helfen könnte. Das Bundeswirtschaftsministerium bremst hier, wie in diesem Schreiben dokumentiert ist. Es geht weiter, Herr Kollege vom Gumpenberg:

Ich erkenne durchaus an,

– so schreibt der Staatssekretär –

daß zielgerichtete Anstrengungen unternommen werden müssen, um zumindest eine soziale Abfederung bei den von Entlassung Betroffenen zu erreichen.

Jetzt kommt es:

Eine solche Initiative müßte wohl von der Regierung des zuständigen Sitzlandes Bayern ausgehen, zumal die Kompetenz für Maßnahmen zur Minderung der durch Entlassungen ausgelösten lokalen oder regionalen Wirtschaftsprobleme primär nicht beim Bund, sondern beim Land liegt.

Es muß einfach einmal Schluß damit sein, meine Damen und Herren von der CSU und von der FDP, daß Sie den Schwarzen Peter ständig zwischen München, Bonn und Brüssel hin- und herschieben.

(Abg. Freiherr von Gumpenberg: Wir sind nicht in der Regierung, Herr Kollege!)

Sie müssen endlich etwas tun. Stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu!

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Professor Stockinger. Ich erteile ihm das Wort.

Prof. Dr. Stockinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Was gestern Herr Kollege Hollwich seitens der SPD-Fraktion an dieser Stelle geboten hat, wurde heute mittag vom Kollegen Dr. Kaiser nahtlos fortgesetzt: Polemik pur. Beide haben gezeigt, daß sie bemerkenswert unfähig sind, Realitäten, Tatsachen und Handlungen seitens der CSU-Mehrheitsfraktion und der Staatsregierung zu erkennen und weiterzugeben.

(Abg. Hollwich: Das kann nur ein Professor!)

Ich darf mich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei der Staatsregierung, insbesondere beim bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Max Streibl, herzlich dafür bedanken, daß sie die Not in Schweinfurt und die Not der Bevölkerung erkannt und gehandelt haben, bevor die SPD geglaubt hat, sie müsse uns und die Stimmkreisabgeordneten in Schweinfurt mit Dringlichkeitsanträgen wachrütteln.

(Abg. Hollwich: Da fehlt nur noch der Weihrauchkessel!)

Herr Hollwich, Herr Kaiser,\*das haben wir nicht nötig. Sie, Herr Hollwich, Sie, Herr Dr. Kaiser, die SPD und die Gewerkschaften in Schweinfurt haben sich über Wochen hinweg geweigert, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, daß die Bayerische Staatsregierung im Kabinett bereits beschlossen hatte, die Anträge auf EG-Förderung und auf eine Bayern-Förderung zu stellen und in die Tat umzusetzen. Sie haben noch Wochen nach diesen Beschlüssen in den Schweinfurter Zeitungen geschrieben: Es tut sich nichts.

Das, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ist Polemik pur, und das ist genau das, was in der Bevölkerung immer kommt, wenn es heißt: Wir haben Parteiverdrossenheit und Politikerverdrossenheit; denn die reden nur und tun nichts. Ich klage Sie an, Sie, Herr Kollege Hollwich, persönlich und Sie, Herr Kollege Dr. Kaiser, ebenfalls persönlich, daß Sie wahrheitswidrig und nicht den Tatsachen entsprechend in der Schweinfurter Öffentlichkeit zu Lasten Schweinfurts und der Bevölkerung nicht das verbreiten, sagen und wahrnehmen wollten, worum es ging, nämlich daß die Hilfen bereits angelaufen sind.

**Erster Vizepräsident Möslein:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser?

Prof. Dr. Stockinger (CSU): Das kann es nicht besser machen. Deswegen tue ich das jetzt nicht. Er hat ja vorhin gezeigt, wozu er in der Lage ist. Deswegen brauchen wir seine Fragen auch nicht zu beantworten.

(Frau Abg. Hiersemenzel: Das ist eine unerträgliche Arroganz! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben sich geweigert anzuerkennen, daß es insbesondere die Staatssekretärin Barbara Stamm war, deren spontanem Handeln wir es zu verdanken haben, daß Schweinfurt Sitz eines neu zu errichtenden Landessozialgerichts Nordbayern werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Dies wird kommen, und auch hierfür bedanken wir uns.

(Abg. Hollwich: Fehlt nur noch der Weihrauchkessel!)

– Herr Kollege Hollwich, Weihrauch haben wir nicht nötig; aber in den Dreck ziehen lassen wir uns durch Sie auch nicht. Das müssen wir an dieser Stelle auch sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin entsetzt, daß Herr Hollwich darauf besteht, ein Sonderprogramm für Schweinfurt ähnlich wie für die mittlere Oberpfalz 1987–1990 zu fordern, und mir in der Schweinfurter Presse vorwirft, daß ich als Stimmkreisabgeordneter dagegen war.

(Abg. Hollwich: Sie sind der einzige, der noch dagegen ist! – Abg. Herbert Müller: Reden Sie doch über Schweinfurt und nicht über Hollwich!)

(Prof. Dr. Stockinger [CSU])

Herr Hollwich, vielleicht erinnern Sie sich daran, daß ich bei den Beratungen der Dringlichkeitsanträge im Wirtschaftsausschuß mich zu Wort gemeldet und gefragt habe: Bestehen Sie auf dem Zusatz „wie für die mittlere Oberpfalz“? Sie haben nach Rücksprache mit dem Hauptantragsteller Dr. Kaiser gesagt: Ja-wohl, der Zusatz bleibt. Wir haben damals gewußt, daß die 250 Millionen DM, die in den vier Jahren in die Oberpfalz geflossen sind, zu einem Großteil – 140 bis 150 Millionen DM – aus Verpflichtungen entstanden sind, die der Freistaat zu tätigen hatte, weil er als Anteilseigentümer in die neu gegründete Gesellschaft Neue Maxhütte eingestiegen ist. Ich meine, Gott sei Dank ist Kugelfischer nicht bankrott. Gott sei Dank hat Kugelfischer nicht Vergleich angemeldet, und Gott sei Dank war es nicht notwendig, daß der Freistaat bei Kugelfischer als Anteilseigentümer einsteigt.

Wenn Sie jetzt die Summe von 250 Millionen DM, die Sie gefordert haben, um die verpflichtenden Arbeitgeberleistungen „bereinigen“, bleiben 100 Millionen DM übrig. Wir werden – das verspreche ich Ihnen hier, und ich weiß, was ich sage – seitens des Freistaats mehr als diese 100 Millionen DM für Hilfen in Schweinfurt, für die Bevölkerung, die Arbeitsplätze und die Firmen, bekommen. Lesen Sie es im Landtagspressedienst von heute nach: Weitere 100 Millionen DM, die der Kollege Dr. Kaiser vorhin auch einfach salopp „runtergemacht“ hat, stammen aus dem sogenannten Bayernfonds; das ergibt insgesamt schon 200 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinz Kaiser)

Wir könnten dies beliebig fortsetzen. Denken Sie daran, was noch an Bauinvestitionen des Freistaats in Schweinfurt kommen wird. Denken Sie auch daran, was sonst noch kommt.

Lassen Sie mich bitte

(Abg. Herbert Müller: – zum Schluß kommen!)

auch darauf hinweisen, daß die Firma Kugelfischer nicht nach dem Freistaat gerufen hat. Ich rechne dies in dieser Situation der Firma und den dort Verantwortung Tragenden – im Aufsichtsrat sitzen auch die Gewerkschaften und die Banken – hoch an, daß sie nicht nach dem Staat schreien, sondern sagen: Die Wirtschaft wird das selber in den Griff bekommen. Aber Herr Dr. Kaiser fragte heute schon: Warum haben andere Firmen etwas bekommen, warum steigt der Staat mittelbar oder unmittelbar nicht bei FAG Kugelfischer ein? Noch haben wir keine Staatswirtschaft, und noch lassen wir die Entscheidungen, ob sie staatliche Hilfen beantragen wollen oder nicht, bei den einzelnen Firmen. Ich bin sehr froh, daß die soziale Marktwirtschaft hier noch greift.

(Beifall bei der CSU)

Ich appelliere an Sie, und ich appelliere insbesondere an den Kollegen Hollwich. Seitens der CSU und der dortigen Stimmkreisabgeordneten, des Kollegen Nätischer von Schweinfurt-Süd und mir von Schweinfurt-

Nord, war nie die Polemik in die Diskussion gebracht worden.

(Frau Abg. Radermacher: Was war das, was Sie hier geboten haben? – Abg. Walter Engelhardt: Polemik und Arroganz! – Weitere Zurufe)

Die kam ausschließlich durch Sie.

– Frau Kollegin Radermacher, wir haben nur reagiert. Agiert in Sachen Polemik hat Kollege Hollwich. Ich kann Ihnen das dokumentieren. Ich will es mir aber hier ersparen, weil es peinlich ist.

Ich appelliere noch mal an Sie. Hören Sie mit dem Kleinkrieg auf. Hören Sie mit den Angriffen auf die CSU und den zuständigen Stimmkreisabgeordneten auf, und bewegen Sie Ihre Parteifreunde dazu, nicht an der Würde des Parlamentes zu kratzen, indem sie sagen, Abgeordnete seien für die Katz, wie es in einer Broschüre der SPD in Schonungen zu lesen war. Sie merken doch gar nicht, wie Sie sich selbst und das Parlament damit demontieren. Ich hoffe, daß das über Pfingsten in Sie hineingeht und daß der Heilige Geist auch auf Sie einwirken kann, daß sich da noch etwas bessern wird. Schöne Pfingsten!

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslin:** Das Wort hat der Herr Staatsminister für Arbeit, Familie und Sozialordnung.

**Staatsminister Dr. Glück:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Engagement darf nicht in Demagogie ausarten. Herr Kollege Hollwich, Sie sind des Engagements fähig, aber in reichem Maße auch der Demagogie. Das haben Sie gestern wieder bewiesen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hollwich: Wo denn?)

Ich möchte aus der Sicht der Staatsregierung, weil diese immer wieder attackiert worden ist, nur ein paar Dinge zu den Bereichen ABM, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sagen.

Zunächst ein Wort zu dem Sonderprogramm. Ich halte es in der gegenwärtigen Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit für nicht sehr einfallsreich, global immer nur noch mehr Milliarden vom Bund zu fordern, ohne an die Frage der Aufbringung der Mittel zu denken. Sondermittel für bestimmte Regionen zu fordern, ohne zu überlegen, zu Lasten welcher anderen Regionen dies gehen muß, oder einfach das Land aufzufordern, den Mittelausfall beim Bund zu kompensieren, ohne auf die eigenen Haushaltsspielräume zu achten, und auf diese Weise den Bund zu ermuntern, sich aus seiner Verantwortung Schritt für Schritt zurückzuziehen, ist ebenfalls nicht sehr einfallsreich. Damit würden wir eine mehr als fatale Entwicklung einläuten. Abgesehen davon, daß ein Land gar nicht in der Lage wäre, Finanzierungslücken in den bestehenden Dimensionen mit Steuermitteln auszugleichen, fehlt dazu einfach auch die Rechtsgrundlage. Das Arbeitsförderungsgesetz ist ein Bundesgesetz,

(Staatsminister Dr. Glück)

dessen Aufgabenbereich grundsätzlich aus Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert wird.

Um trotz der prekären Finanzsituation für den Raum Schweinfurt kurzfristig eine arbeitsmarktpolitische Besserung zu erreichen, sind seitens der Bayerischen Staatsregierung unabhängig von den vorliegenden Anträgen bereits folgende Bemühungen erfolgt:

Erstens zu ABM. Bereits vor dem ABM-Bewilligungsstopp habe ich am 18. Februar gemeinsam mit Frau Kollegin Stamm, Herrn Kollegen Albert Meyer und Frau Oberbürgermeisterin Grieser ein Gespräch beim BA-Präsidenten Jagoda mit dem Ziel geführt, daß ein zusätzliches ABM-Mittelkontingent für Schweinfurt bereitgestellt wird. Unmittelbar nach dem Bewilligungsstopp habe ich mich mit Schreiben vom 26. Februar umgehend sowohl an den Bundesarbeitsminister als auch an den BA-Präsidenten gewandt und auf die Problematik eines solchen Stopps hingewiesen sowie für die strukturschwachen Räume Bayerns, insbesondere für Schweinfurt, um eine ausreichende Mittelausstattung gebeten. Am 4. März habe ich mich erneut an den Präsidenten der BA gewandt, nachdem das Thema „Bewilligungsstopp“ in diesem Hohen Haus am Vortag erörtert worden war.

Vor dem Hintergrund der in manchen Regionen, wie z. B. auch in Schweinfurt, besonders ungünstigen Arbeitsmarktentwicklung wurde eine Aufstockung der bayerischen Mittel zur verstärkten Förderung von 6,5 Millionen DM auf insgesamt 10 Millionen DM beschlossen, um damit Verstärkungsmittel der BA in gleicher Höhe nach Bayern zu holen. Parallel dazu hat sich der Herr Ministerpräsident Streibl in besonderer Weise im Rahmen der Solidarpaktverhandlungen für zusätzliche ABM-Mittel eingesetzt. Dies führte mit zum ABM-Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung in Höhe von 2 Milliarden DM, zu dem noch Mittel der BA im Rahmen von Verpflichtungsermächtigungen hinzukommen.

In weiteren Verhandlungen mit der Bundesanstalt konnte immerhin erreicht werden, daß der Arbeitsamtsbezirk Schweinfurt trotz des für die westlichen Länder relativ geringen Anteils und trotz des insgesamt knappen ABM-Mittelkontingents für Bayern einen Betrag in Höhe von rund 3 Millionen DM erhält. Damit können wenigstens die wichtigsten AB-Maßnahmen weitergeführt werden.

Was die Verstärkungsmittel der Bundesanstalt zu den auf 10 Millionen DM aufgestockten bayerischen Mitteln betrifft, stehen wir weiterhin in intensiven Verhandlungen mit der Bundesanstalt. Wir können es nicht hinnehmen, meine Damen und Herren, daß die Bundesanstalt die Mittel für die verstärkte ABM-Förderung, die in einem eigenen Mittelansatz ausgewiesen sind, für andere als die nach § 96 AFG vorgesehenen Zwecke einsetzt. Schließlich wäre es schon aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich, unsere bayerischen Mittel ohne Komplementärfinanzierung seitens der Bundesanstalt einzusetzen. Wir werden hierüber also zäh weiter verhandeln. Es besteht

auch eine gewisse Hoffnung, daß wir letztlich – mag die Bundesanstalt vielleicht auch ihre Mittel später zahlen – zu einem Ergebnis kommen werden.

Nun noch ein paar Worte zu den Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Der Haushalt der Bundesanstalt weist hierfür einen Mittelansatz von rund 15 Milliarden DM auf. Mit diesem immensen Betrag wird es nach meiner Einschätzung möglich sein, die Maßnahmen auf hohem Niveau fortzuführen. Zwar sind durch die 10. AFG-Novelle unumgänglich notwendige Fördereinschränkungen erfolgt, aber die Selbstverwaltung hat diese mittlerweile schon konkretisiert.

Was die Situation in Schweinfurt betrifft, müssen im dortigen Raum entsprechende Maßnahmen schon deshalb weitergeführt werden, weil für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit unmittelbar bedrohte Arbeitnehmer insoweit keine Fördereinschränkungen gelten. Wir werden alles daransetzen, daß der dortige Raum die ihm gebührende Schwerpunktförderung erfährt.

Im übrigen stehen wir, auch dank des besonderen Einsatzes von Frau Kollegin Barbara Stamm, unmittelbar vor Abschluß einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesarbeitsamt Nordbayern. Danach werden 3 Millionen DM des bayerischen Mittelkontingents aus dem Europäischen Sozialfonds unmittelbar für zusätzliche berufliche Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt werden können. Sie kommen unter anderem den Personengruppen zugute, die aus den ländlichen Gegenden nördlich und östlich von Schweinfurt einpendeln und vom dortigen Arbeitsplatzabbau betroffen sind. Sie sehen, daß die Staatsregierung also auch in diesem Bereich das ihr Mögliche getan hat.

Freilich, mit den Forderungen an den Staat allein ist es nicht getan. Vielmehr müssen auch die Betroffenen selbst durch Flexibilität, berufliche Mobilität und insbesondere durch Inkaufnahme längerer Pendelwege dazu beitragen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden bzw. zu verkürzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kehren wir wieder zur Sachdiskussion zurück, die gestern und heute – leider, muß ich sagen – immer wieder verlassen worden ist. Andere Möglichkeiten haben wir nicht. Sie können von uns nicht Dinge verlangen, die nicht finanzierbar sind, die auch Sache des Bundes sind. Auch die Länder sind heute nicht mehr in der Situation, das ausgleichen zu können, was der Bund zu schaffen nicht in der Lage ist. Rückkehr zur Sachlichkeit, das ist die Devise der Stunde.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Zeller.

**Staatssekretär Zeller:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz zu den Vorwürfen von Herrn Dr. Kaiser. Sie wissen ganz genau, Herr Dr. Kaiser – Sie sollten es zumindest wissen –, daß die Landesförderprogramme und die Lan-

(Staatssekretär Zeller)

desfördergebiete bei der EG genehmigt werden müssen.

(Abg. Spitzner: So ist es!)

Früher haben wir die Möglichkeit eben nicht gehabt, für den Ballungsraum Schweinfurt ein GA-Fördergebiet oder ein Landesfördergebiet auszuweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU –  
Abg. Nätscher: So ist es!)

Das ist Tatsache. Sie müßten das wissen, gerade als Haushaltspolitiker.

Zweiter Punkt: Sie wissen, daß es Bayern gewesen ist, das viele Jahre eine Vorreiterrolle gespielt hat mit der sogenannten de-minimis-Regelung für mittlere und kleine Betriebe, die dadurch außerhalb jeglicher Förderkulisse Fördermöglichkeiten bekamen. Wir haben das durchgesetzt. Vorgestern, glaube ich, haben wir von der EG die Bestätigung erhalten, im Raum Schweinfurt als Ballungsraum Fördermöglichkeiten auszunutzen.

Sie verweisen immer auf das Finanzministerium. Glauben Sie, daß der Bayerische Ministerrat einen Beschluß faßt, einen Förderschwerpunkt für Schweinfurt zu schaffen, und dann die Mittel nicht zur Verfügung stellt? Aber zunächst einmal brauchen wir von Brüssel die Genehmigung, damit wir etwas tun können. Für so dumm brauchen Sie uns nicht zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nächstes Thema: Das KONVER-Programm. Sie wissen genau, daß wir dafür in der gesamten EG nicht mehr als etwa 200, 230 Millionen DM zur Verfügung haben. Wenn es gutgeht, bekommen wir in Bayern in der Verteilung vielleicht 10 Millionen DM, vielleicht auch nur 2 Millionen DM, vielleicht bekommt die ganze Bundesrepublik Deutschland nur 15 oder 20 Millionen DM, weil eben nicht mehr Mittel vorhanden sind. Uns da den Vorwurf zu machen, wir würden für den Raum Schweinfurt nicht entsprechend eintreten, das ist für mich einfach zu kurz gesprungen und nur Polemik.

Dritter Punkt: Zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hat der Kollege Dr. Gebhard Glück bereits Stellung bezogen. Aber eines darf ich hinzufügen: Auch ich war – ich glaube, im November letzten Jahres – in Schweinfurt. Wenn man vor Ort verhandelt, dann spürt man große Sachlichkeit, was offensichtlich in politischen Gremien nicht mehr möglich ist.

(Beifall bei der CSU)

Auch dies möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen.

Als ich in einer Großfirma in Schweinfurt war, saß ich mit dem Arbeitsdirektor, dem Betriebsratsvorsitzenden, dem Vorstandsvorsitzenden und der Oberbürgermeisterin am Tisch und habe mir die Sorgen angehört. Nach einer halben Stunde habe ich die Frage gestellt: Brauchen Sie Geld? – Antwort: Nein, wir brauchen einen Markt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Damit sind wir bei einem ganz entscheidenden Punkt. Sie tun immer so, als läge es nur am Kapital. Die Firmen in Schweinfurt haben das Problem, das wir derzeit in Deutschland in ganz besonderem Maße haben, nämlich eine Konjunkturkrise, eine Strukturkrise und vor allem eine Kostenkrise. Diese drei Punkte sind es, die dazu führen, daß man die Produkte, die dort produziert werden, nicht mehr auf den Exportmärkten im Rest der Welt unterbringt, weil die Konkurrenten aus Fernost, aus Korea und sonstwoher uns heute den Rang ablaufen. Und warum können sie das? Ich habe es schon mehrmals an dieser Stelle gesagt: Natürlich will ich auch, daß unsere Arbeitnehmer hervorragend verdienen. Wir sind aber – Gott sei Dank oder leider Gottes – in Deutschland Weltmeister bei den Löhnen und den Lohnnebenkosten, beim Urlaub, bei den Sozialleistungen, bei den Umweltschutzinvestitionen, aber auch in vielen anderen Bereichen. Ich meine, es geht halt nicht mehr so weiter, man kann nicht alles auf einmal haben. Ich bitte, einiges wieder logisch zu betrachten.

Nächster Punkt: Sie haben ausgeführt, bei der Bayernmilliarde sollten wir endlich klotzen und nicht nur kleckern. Gehen Sie doch einmal zu Ihrem Wirtschaftsminister Spöri nach Baden-Württemberg. Er hat groß angekündigt, was er alles macht. Läppische 230 oder 250 Millionen DM hat er auf den Weg gebracht, wir 1 Milliarde DM. Ich glaube, das kann sich sehen lassen im Verhältnis zu Baden-Württemberg. Man sieht daran, daß auch sie nur mit Wasser kochen können, genauso wie eigentlich wir in Bayern. Das möchte ich in diesem Zusammenhang auch einmal gesagt haben.

Wie gesagt, ich meine, daß nicht Polemik, sondern sachliche Diskussion uns und dem Wirtschaftsstandort, dem Mikrostandort Schweinfurt am meisten weiterhilft. Ich darf mich bei all den Kollegen bedanken, die, wie vorhin Kollege Professor Stockinger, mit Sachlichkeit die Hintergründe aufgezeigt haben. Was wir wieder brauchen, ist die Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen haben wir die Bayernmilliarde aufgelegt, um den Betrieben bei der Umstrukturierung ihrer Produktionen und bei der Modernisierung zu helfen, damit Arbeitsplätze erhalten und möglicherweise auch neue geschaffen werden können. Wir geben auch den Kommunen Geld, wenn es darum geht, beispielsweise wirtschaftsnahe Infrastrukturverbesserungen zu schaffen. Das ist Sinn und Zweck dieser Bayernmilliarde. Ich bitte, diese nicht von vornherein schlechtzumachen. Dann hätten wir nämlich keinen Erfolg. Wir werden aber Erfolg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Möslein:** Meine Damen und Herren, wir stehen jetzt vor einem Problem. Entweder wir fahren in der Aussprache fort – wir haben noch drei Wortmeldungen –, oder die drei verzichten, dann können wir die Aussprache schließen und zur Abstimmung kommen.

(Zurufe von der CSU: Verzichten!)

– Nächster Redner wäre Bernd Hering.

(Erster Vizepräsident Möslein)

(Zuruf von der SPD: Drei Minuten!)

– Drei Minuten. Dann sehe ich kaum mehr die Möglichkeit, noch zur Abstimmung zu kommen. Aber bitte, Herr Kollege, Sie entscheiden.

(Abg. Diethel: Wenn, dann verzichten wir alle! – Abg. Walter Engelhardt: Wir verzichten!)

– Es wird auf die weiteren Wortmeldungen verzichtet. Die Aussprache ist geschlossen.

Ich lasse abstimmen. Dazu trenne ich die Tagesordnungspunkte wieder.

Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/10010 abstimmen, das ist der Tagesordnungspunkt 48. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und GRÜNE. Wer stimmt dagegen? – FDP und CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

(Abg. Nätcher: 2 Enthaltungen!)

– 2 Stimmenthaltungen aus den Reihen der CSU.

(Abg. Walter Engelhardt: Aus Schweinfurt!)

Jetzt folgt die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/1032, das ist der Tagesordnungspunkt 49. Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt eine Neufassung, die auf Drucksache 12/10266 ausgedruckt ist. Dem stimmen die übrigen Ausschüsse zu. Wer der Neufassung auf Drucksache 12/10266 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Einstimmig so beschlossen.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/10034, das ist der Tagesordnungspunkt 50. Die Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr, für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik und für Landesentwicklung und Umweltfragen empfehlen Zustimmung mit der Maßgabe, daß eine neue

Nummer 7 angefügt wird; dazu verweise ich auf die Drucksache 12/10264. Dem stimmt der Ausschuß für innerdeutsche Entwicklung und Grenzlandfragen zu mit der Maßgabe, daß eine neue Nummer 8 angefügt wird; dazu verweise ich auf die Drucksache 12/10470. Die übrigen Ausschüsse stimmen dem zu mit der weiteren Maßgabe, daß als Berichtstermin der 1. Oktober 1993 eingesetzt wird.

(Unruhe)

– Darf ich bitten, daß da links während der Abstimmung die Privatunterhaltungen unterbleiben.

Wer dem Dringlichkeitsantrag mit den von mir eben vorgetragenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse abstimmen über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/10205. Das ist Tagesordnungspunkt 51. Die Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr, für Landesentwicklung und Umweltfragen und für Bundes- und Europaangelegenheiten empfehlen Zustimmung mit der Maßgabe, daß in Zeile 1 vor dem Wort „bei“ die Worte „sich für die Einstufung als GA-Gebiet einzusetzen und“ eingefügt werden. Die übrigen Ausschüsse empfehlen die Neufassung des Dringlichkeitsantrags, ausgedruckt auf Drucksache 12/10447.

Wer dem Dringlichkeitsantrag in seiner ursprünglichen Fassung mit den Änderungen der erstgenannten Ausschüsse zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir pünktlich um 13 Uhr am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen allen frohe Pfingstfeiertage und anschließend einige erholsame sitzungsfreie Tage.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 13.01 Uhr)

5.6164